

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementpreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Beitzelle oder deren Raum 30 M.
für Versammlungsanzeigen 10 M. pro Zeile.

Arbeitslosigkeit und Profitsucht.

Der Zentralausschuß der Arbeitsgemeinschaft für das Baugewerbe, der sich am 13. Oktober 1914 in einer Konferenz, von welcher unser Zentralverband ausgeschlossen war, konstituiert hat, publiziert in einigen Organen des Arbeitgeberbundes und im „Grundstein“ Berichte über die voraussichtliche Bautätigkeit im ersten Halbjahr 1915. In allen Berichten wird einmütig darüber geklagt, daß im kommenden Bauesemester eine sehr große Arbeitslosigkeit herrschen werde, weil die Privatbautätigkeit völlig stillstehe, die gar nicht anders gehoben werden könne, als durch Bereitstellung billiger Hypothekengelder aus öffentlichen Mitteln: aus Sparkassen, Arbeiterversicherungskassen usw. Wie uns vom Sekretariat genannter Arbeitsgemeinschaft mitgeteilt wurde, hat sie insofern beachtenswerten Erfolg gehabt, als seitens der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte bisher monatlich mehrere Millionen für Hypotheken ausgegeben worden sind. Der Zentralausschuß der Arbeitsgemeinschaft hat sich auch mit einer Eingabe an das Reichsjustizamt gewandt und beantragt, einige das Baugewerbe besonders schädigende Mängel der Hypothekengesetzgebung, die das Vertrauen der kapitalkräftigen Kreise zu der Anlage von Geldern in Hypotheken vollständig erschüttert haben, durch Kriegsverordnung zu beseitigen. Hoffentlich hat die Eingabe Erfolg. Immerhin, auch wenn es in größerem Umfange gelingt, Hypothekengelder flüssig zu machen, so ist doch nicht ohne weiteres sicher, daß die Belebung der Privatbautätigkeit auf dem Fuße folgt. Die flüssig werdenden Hypothekengelder dienen keineswegs als Baugelder, sondern sie sollen zunächst die Baugelder aus fertigen, vielleicht aus schon lange fertigen Bauten auslösen. Erst wenn die fertig gewordenen Baugelder, die Betriebsfonds der Bauunternehmer, freier werden, dann sind Baugelder vorhanden. Und sie dürften dann auch keineswegs nach Maßgabe der Arbeitslosigkeit frischweg in Neubauten gesteckt werden, sondern nach Maßgabe der Verwertungsausicht. Das heißt, freigewordene Baugelder werden nur dann wieder angelegt, wenn Aussicht vorhanden ist, daß die zu erstellenden Neubauten Abnehmer finden werden. Genug, trifft die befürchtete große Arbeitslosigkeit zu, dann wird sie leider auch nicht sofort behoben, wenn Hypothekengelder flüssig werden. Wir müßten hingegen trotzdem mit großer Arbeitslosigkeit rechnen.

Nun wird im Widerspruch mit diesen Tatsachen in der bürgerlichen Presse recht oft geklagt, daß irgendwo Arbeitermangel herrsche. In der Regel kehrt das Lamento in verschiedenen Versionen wieder: „Leider wird der Bedarf an Arbeitskräften im Baugewerbe nicht überall befriedigt werden können.“ Gewiß, niemand weiß besser als die organisierten Bauarbeiter selbst, daß die Verteilung der Bauarbeiter in Deutschland recht verschieden ist. Während an einigen Orten sehr wohl hin und wieder in ganz auffälliger Weise Arbeitermangel obwalten kann, herrscht anderwärts großer Ueberfluß an Arbeitern. Viele komplizierte Umstände bringen das mit sich. Allein, daß in der bürgerlichen Presse so oft über Arbeitermangel geklagt wird, hat zumeist einen andern Grund, der allerdings wohlweislich verschwiegen wird. Es handelt sich in solchen Orten und Gegenden, wo über Arbeitermangel geklagt wird, nicht um die regelmäßige Bautätigkeit, sondern gewöhnlich sollen dort größere Bauten aufgeführt werden, wie sie der Krieg mit sich bringt, die zu ihrer Ausführung weit mehr Bauarbeiter erfordern, als in der Umgegend der beabsichtigten Bauaufführungen anfällig sind. Die Pressenotizen über Arbeitermangel haben dann auch nicht etwa den Zweck, die fehlenden Arbeitskräfte im freien Verkehr heranzuziehen, sondern sie werden benutzt, um in anderer Weise billige Arbeitskräfte zu erhalten. Es ist nicht selten, daß noch nicht

eingezogene Landstürmer von den Bezirkskommandos befragt werden, ob sie nach bestimmten Stellen gehen und Arbeit übernehmen wollen. Gewöhnlich handelt es sich um solche Bauten, wie wir sie andeuteten. Neuerdings planen Firmen, die solche Bauausführungen übernommen haben, sogar Arbeiter vom Auslande heranzuziehen.

Solchen Absichten und Manipulationen, die lediglich ein Ausfluß der Profitsucht sind, muß ganz energisch entgegengetreten werden. Denn es wäre unerhört, wenn zu einer Zeit, wo viele Tausende freie Bauarbeiter arbeitslos sind und kaum wissen, wie sie sich und ihre Angehörigen durchschleppen sollen, Militärpflichtige und Ausländer herangezogen werden würden, um die Staatsbauten aufzuführen. Wenn es wirklich an irgendeiner Stelle, wo größere Arbeiten aufgeführt werden sollen, freie Arbeiter nicht genug gibt, dann gibt es in andern Gegenden um so mehr Arbeitslose.

Allerdings — und da liegt der Haken — die Arbeitslosen können nicht unter allen Umständen und zu jedem Preise nach entlegenen Gegenden gehen und Arbeit übernehmen, wobei sie selbst das Leben kaum haben. Der deutsche Arbeiter ist nicht vom Schicksal derjenigen, die ihre Häbseligkeiten auf einen Handkarren oder Hundewagen laden und so mit Frau und Kind von einem Arbeitsort zum andern ziehen und bei der Arbeit wie Zigeuner leben. Die deutschen Arbeiter sind Kulturmenschen, die ein Heim gründen, sich an einem Orte ansässig machen. Um dieses Heim gravitiert dann das Leben der Arbeiterfamilie. Diesem Umstande, in welchem Deutschlands große Kraft wurzelt, muß Rechnung getragen werden. Bei den Bauten in Gegenden mit unzureichenden Löhnen müssen die Lohn- und Arbeitsbedingungen so gestaltet werden, daß auch Arbeitslose von auswärts ihr Auskommen finden. Dann wird nirgendwo Arbeitermangel herrschen.

Kommt dabei ein Tarifvertrag, der für ganz andere Verhältnisse abgeschlossen ist, in den Weg, dann wird er entweder abgeändert oder zeitweilig ausgeschaltet werden müssen. Anders wird es kaum gehen. Und ein Verstoß gegen den Tarifvertrag würde das nicht sein. Gesezt den Fall, in einem kleinen Städtchen mit etwa 2500 Einwohnern, das seit Jahrhunderten stagniert, das seinen Ueberfluß an Geborenen über die Gestorbenen zum größten Teil nach außen abgibt, vegetieren etwa 20 anfällige Bauarbeiter. Ihre Lohnsätze sind erfahrungsgemäß niedrig. Das Bedürfnis sowohl wie die Möglichkeit, die Lohnsätze zu steigern, sind nur gering. Nun sollen in solchem Lohngebiet größere Bauten aufgeführt werden, die zu ihrer Ausführung mehr als 1000 Bauarbeiter benötigen. Diese können für die herkömmlichen, allzu niedrigen Lohnsätze nicht herangebracht werden. In solchen Fällen müssen die Löhne so gestaltet werden, daß die von auswärts kommenden Arbeiter sich selbst am Arbeitsorte und ihre Familien daheim ernähren können. Uebrigens ändern sich unter solchen Umständen auch sofort die Verhältnisse der wenigen Ansässigen. Wir haben aber auch Großstädte, wo die Lohnsätze sehr zurückgeblieben sind. Die anfälligen Bauarbeiter und ledigen Auswärtigen, die solche Orte gelegentlich aufsuchen, schlagen sich damit durch. Aber wenn nun mit einem Male größerer Massen Bauarbeiter benötigt werden, dann kann man sie zu den üblichen Löhnen kaum von dort bekommen, wo die Löhne noch geringer sind, geschweige denn von dort, wo die Löhne bessere sind. Hier kommen eben die schon angedeuteten Verhältnisse in Betracht. Der Arbeiter, welcher aus seinen gewohnten Verhältnissen heraus soll, Frau und Kinder daheim lassen und auswärts Arbeit suchen muß, der ein Leben von seiner Familie getrennt zu führen hat, gebraucht höheres Einkommen, wenn er trotz der Arbeit nicht noch weiter zurückkommen soll, als wenn er mit seiner Familie gemeinsam hungert und entbehrt.

Das muß berücksichtigt werden. Geschieht das, dann gibt es in Deutschland keinen Mangel an Arbeitern, jedenfalls keinen Mangel an geübten Bauarbeitern.

Wir wollen hoffen, daß sich auch die Arbeitsgemeinschaft der Sache annimmt, die bisher für die Beschaffung von Hypothekengeldern so segensreich gewirkt hat. Es handelt sich nicht selten um Mitglieder des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe, die mit dem „Arbeitermangel“ krebzen gehen und gewillt sind, Arbeiter vom Auslande zu holen. Energische Maßnahmen gegen solche Ungeheuerlichkeiten dürften deshalb um so eher Erfolg versprechen. Und die Reichsregierung wird sich kaum sträuben, die Baupreise so zu bemessen, damit Löhne gezahlt werden können, wobei der Arbeiter mit seinen Angehörigen nicht zu verkommen braucht. Es ist hingegen bekannt, daß die Reichsregierung gute Preise zahlt, und es ist nicht nötig, daß sich diese guten Preise in fette Profite verwandeln. Die Arbeiter sollen auch leben.

Zur Kriegslage.

Die 30. Kriegswoche stand noch unter dem Eindruck des Ausganges der Schlacht in Masuren, durch die die zehnte russische Armee, elf Divisionen und eine Reihe von Kavalleriedivisionen völlig aufgerieben worden sind. Sieben Generale, über 100 000 Mann wurden gefangen genommen, mehr als 300 Geschütze erbeutet. In welcher Unwissenheit über die Kriegslage sich die russischen Offiziere befinden, dafür hat die oberste Heeresleitung einen drahtlichen Beweis gegeben. Wußte man doch noch nicht einmal, daß Antwerpen schon im Besitz der Deutschen ist. Die Erfolge der Oesterreicher und Ungarn den Russen gegenüber nehmen ebenfalls zu, während um Warschau noch keine Entscheidung gefallen ist. Wohl unter der Einwirkung der Nachrichten aus Rußland hat sich die französische Heeresleitung zu neuen Angriffen entschlossen, die in der Champagne besonders heftig waren. Die Angriffe hatten aber keinen Erfolg. Gegenüber England hat der U-Krieg wirksam begonnen. Wenn auch über die bisherigen Erfolge keine offiziellen Berichte vorliegen, so scheint es doch sicher zu sein, daß wahrscheinlich schon drei, mindestens aber zwei englische Truppentransportdampfer versenkt worden sind. Noch größer sind die indirekten Wirkungen: die Schiffsahrtskreise sind verängstigt, der Verkehr von und nach England ist gelähmt und bleibt gelähmt, solange die deutschen U-Boote und die deutschen Minen zu fürchten sind. Der Einspruch der Amerikaner war ja sicherlich für Deutschland unerfreulich, aber doch mehr akademischer Natur, da die amerikanische Regierung mit dem deutschen Element bei sich zu Hause ebenfalls als mit einem ersten politischen Faktor zu rechnen hat. Und die Stimmung der deutschen und irischen Kreise ist auf Seiten Deutschlands. Wenn neuerdings der Papst auf Berichte hin, daß man in Deutschland den Krieg ernstlich zu fühlen habe, eine neue Aktion zugunsten des Friedens versucht hat, so kann man nur sagen, daß die dem Papste unterbreiteten Berichte doch recht einseitig gewesen sein müssen. Daß Deutschland den Krieg ernstlich spürt, das ist eine Unferwahrscheinlichkeit; Rußland, Belgien und Frankreich spüren ihn sicherlich mehr. Auch England spürt ihn. Darüber kann kein Zweifel bestehen. Wenn die Maßregeln zur Sicherung der Ernährung unseres Volkes im Auslande den Eindruck hervorrufen, daß unsere Verproviantierung zu wünschen übrig lasse, so vermag man ja diese Auffassung vom Standpunkte des Auslandes zu begreifen, aber grundsätzlich ist sie deswegen doch, da die Vorräte zur ausreichenden Verproviantierung der Bevölkerung glücklicherweise vorhanden sind.

Erweiterte Kriegsunterstützung für die Kriegsangehörigen.

Unter dem 2. Februar 1915 sind vom Bundesrat neue Bestimmungen erlassen worden, welche eine Erweiterung der Kriegsunterstützung bedeuten, indem nun die Kriegsunterstützung den Familien

der zum aktiven Heeresdienst Einberufenen gewährt werden muß. Bisher erhielten die Familien der zum aktiven Heeresdienst Einberufenen nichts und waren diese somit auf die Mildtätigkeit der Gemeinden angewiesen. Diese Lücke in der Kriegsunterstützungsregelung ist durch genannte Verordnung ausgewetzt worden, was nur begrüßt werden kann.

Ferner ist in der erwähnten Verordnung auch die Unterstützung der schuldlos geschiedenen Ehefrauen bestimmt worden. Voraussetzung ist natürlich auch hier, daß ein Unterhaltungsanspruch besteht, indem der zum Heeresdienst Einberufene durch Urteil zum Unterhalt der geschiedenen Ehefrau verpflichtet war.

Der preussische Minister hat nun unter dem 3. Februar 1915 bereits Ausführungsbestimmungen an die Regierungspräsidenten erlassen, welche unter anderem folgendes besagen:

Nach den gesetzlichen Bestimmungen sind von der Gewährung von Familienunterstützungen ausgeschlossen die Familien derjenigen Mannschaften, die in Erfüllung ihrer aktiven Dienstzeit sich befinden. In Zukunft sollen auch anspruchsberechtigt sein die Ehefrauen und die ehelichen und den ehelich gezeugten gleichstehenden Kinder unter 15 Jahren sowie die unehelichen Kinder derjenigen Mannschaften, die zurzeit ihre aktive Dienstpflicht erfüllen.

Gemäß Ziffer II des Runderlasses vom 2. Dezember 1914 sollen den Angehörigen aller derjenigen Mannschaften, die infolge der kriegerischen Ereignisse nicht mehr in der Lage waren, in die Heimat zurückzukehren, Unterstützungen gewährt werden, sofern glaubhaft gemacht wird, daß die Mannschaften als Gefangene im feindlichen Auslande zurückgehalten werden, wobei kein Unterschied zu machen ist, ob sie vom Feinde als Kriegs- oder Zivilgefangene behandelt werden. — Den Angehörigen dieser Mannschaften sind in Zukunft gleichzustellen die Familien aller derjenigen in wehrpflichtigen Alter stehenden männlichen Personen, die sich im neutralen Auslande aufhalten und infolge von feindlichen Maßnahmen nicht imstande waren, ins Inland zurückzukehren, sowie die von den Feinden verschleppten, im wehrpflichtigen Alter stehenden Mannschaften.

Der Absatz II Ziffer 2 des erwähnten Erlasses ist dahin zu ergänzen, daß hinter die Worte „im Auslande“ die Worte „oder in einem Schutzgebiet“ einzuschalten sind.

Die schuldlos geschiedene Ehefrau, der nach § 1578 des Bürgerlichen Gesetzbuches der Mann den Unterhalt zu gewähren verpflichtet ist, ist unter den übrigen Voraussetzungen in Zukunft zu unterstützen.

Die nicht militärisch Ausgebildeten, gemäß § 32 Ziffer 2 der Behörde wegen bürgerlicher Verhältnisse, insbesondere als die einzigen Ernährer hilfloser Familien, erwerbsunfähiger Eltern, Großeltern und Geschwister nach § 99 Ziffer 2 a. a. O. zurückgestellt, aber später einberufenen Mannschaften erfüllen ihre gesetzliche aktive Dienstpflicht; die Unterstützung ihrer Angehörigen kann nur in der in Ziffer 1 vorgesehenen Beschränkung erfolgen. — Das gleiche gilt hinsichtlich der nicht reklamierten, beim Kriegesausbruch ausgetriebenen und später eingestellten militärisch ausgebildeten Mannschaften.

Diejenigen Mannschaften, die auf Reklamation vorzeitig entlassen werden und militärisch ausgebildet sind (Behörden § 82, 5 c), treten gemäß § 14 Ziffer 4 der Heeresordnung zur Reserve über. Falls diese Mannschaften in den Heeresdienst eintreten, ist den Angehörigen die reichsgesetzliche Unterstützung zu gewähren.

Von verschiedenen Seiten sind Zweifel darüber erhoben worden, ob bei der Prüfung der Bedürftigkeit innerhalb der in § 2 Absatz 1 a. a. O. genannten Gruppe von Personen unterschieden, das heißt, die Unterstützung für die Frau versagt, für alle oder einige Kinder aber gewährt werden kann. Eine solche Unterscheidung ist nicht gerechtfertigt, da das Gesetz die Familien mindestens in der Zusammenfassung der in § 2 Absatz 1 a. a. O. bezeichneten Personen als eine Einheit betrachtet. — Für die Ermittlung der nach diesen Bestimmungen gemachten Bewilligungen in Höhe der in § 5 a. a. O. festgesetzten Mindestsätze soll durch das Reich, und zwar vom 1. Januar 1915 ab, Sorge getragen werden.

In den weiteren Ausführungsbestimmungen wird dann weiter darauf vom Minister verwiesen, daß in einzelnen Fällen Angehörige von eingezogenen Mannschaften von den Aufenthaltsgemeinden armenrechtlich unterstützt worden seien, was mit den gesetzlichen Vorschriften im Widerspruch stände. Es könne nicht aus dem Umstande, daß das Gesetz Mindestbeträge festsetze, geschlossen werden, daß die Lieferungsverbände durch Bewilligung der Mindestbeträge weiteren Verpflichtungen überhoben seien. Diese Beträge sollen lediglich eine untere Grenze darstellen, unter die nicht herabgegangen werden dürfe, und wären maßgebend für die Erstattungsansprüche der Lieferungsverbände an das Reich! Eine Verpflichtung, in Fällen des Bedürfnisses das über diese Beträge hinaus Erforderliche zu verabreichen, besteht daneben. Mithin muß also unter allen Umständen jeder Familie oder sonstigen Anspruchsberechtigten, deren Bedürftigkeit festgestellt ist, das zum Lebensunterhalt Erforderliche gewährt werden, wobei Engherzigkeit vermieden werden solle. Auch die Grundsätze der Armenpflege sollen hierbei nicht als Maßstab angelegt werden usw. Nach dem Inhalt der vorstehenden Ausführungsbestimmungen soll bei den Familien und den im Felde stehenden Unterhaltspflichtigen (Kriegern) die Zurechtweisung lebendig bleiben, daß trotz Abwesenheit des Ernährers keine Not in der Familie obwaltet! Hoffen wir, daß die Gemeinden in Preußen und den übrigen Bundesstaaten in diesem Sinne handeln, denn dazu sind diese verpflichtet, weil der Ernährer der Familie für das Vaterland kämpft, welches seine Familie während seiner Abwesenheit demnach auch zu unterhalten verpflichtet ist.

R. V.

Ueber Kriegsarbeiten hinter der Front

wird uns geschrieben:

Die Gründung des Kriegsausschusses für Konsumanteninteressen ist von den in Organisationen vereinigten Angestellten, Arbeitern und Beamten mit lebhafter Genugtuung als eine Notwendigkeit der Zeit begrüßt worden. Wissen sie doch am besten, wie sich die Schwäche des einzelnen, wirtschaftlich Abhängigen durch den Zusammenschluß der Gleichgestellten zur Stärke wandelt. Und empfinden sie es doch innerhalb und außerhalb ihrer Organisationen am stärksten, wie sehr sich gegenüber den großen und neuen, unübersehbaren Anforderungen der Kriegszeit und gegenüber den durch den Kriegszustand verstärkten Interessenbestrebungen der wirtschaftlich stärkeren und in der Macht befindlichen Kreise die Notwendigkeit der schützenden und sorgenden Vereinigung aufdrängt. Aber gerade unter dem Druck des Krieges, der alle sonst im Wirtschaftskampf der Friedenszeit voneinander getrennt Ringenden auf der großen und gemeinsamen Grundlage der Verteidigung ihrer Kulturgemeinschaft eint, gerade unter diesem Druck war es möglich, die allen Angestellten, Arbeitern und Beamten gemeinsamen Konsumanteninteressen in einer Organisation wirksam zusammenzufassen. So tragen auch sie dazu bei, dem Schlagwort von der deutschen Organisation als einer seiner besten Siegeswaffen den erwünschten Nachdruck zu verleihen.

Der Kriegsausschuss für Konsumanteninteressen stellte sich von Anfang an die Aufgabe, als eine neutrale Stelle ohne Unterschiede der in ihm vertretenen wirtschaftspolitischen und sonstigen Richtungen eine Zentrale für die gemeinsamen Fragen der Konsumtion zu bilden, die die Auffklärung über die Kriegszustand der Konsumtion zu unterstützen, die Interessen der Konsumanten nach jeder Richtung hin sachkundig zu vertreten und allen diesen Interessen und damit den Gesamtinteressen des Volkes zuwiderlaufenden Uebergriffen anderer Wirtschaftsfaktoren entgegenzuwirken. In diesem Sinne hat sich der Ausschuss bemüht, den mit dem Tage der Gründung ihm in Fülle erziehenden Aufgaben nach Möglichkeit gerecht zu werden.

Nicht verkannt werden dürfen die Schwierigkeiten, welche sich ihm zumal unter dem Kriegszustand entgegenstellten, wo jede Meinungsäußerung unter dem Stiche der Zensur steht. Der organisatorische Ausbau, der Ausgleich der verschiedenen in ihm vertretenen Richtungen, die Stellung in der Öffentlichkeit sowie gegenüber den Wirtschaftsfaktoren der Produktion und des Handels und nicht zum wenigsten zu den Behörden, das alles mußte bedacht und getan werden. Aber dessen ungeachtet und aus dem gemeinsamen starken Willen, auch als Konsumanten ihre beste Gemeinschaftspflicht zu erfüllen, haben alle Beteiligten die nicht immer leichte und kurzweilige Arbeit willig auf sich genommen; und man darf wohl sagen, daß der Kriegsausschuss sich bereits eine der großen Zeit würdige und achtunggebietende Stellung errungen hat.

Schon die erstaunlich große Zahl der Anfragen, Anregungen und Forderungen, welche von allen Seiten und von weither über den Rahmen der angeschlossenen Verbände hinaus in der Geschäftsstelle eingehen, zeigt die tätige Anteilnahme und das Vertrauen, das dem Ausschuss entgegengebracht wird. Mag auch weit mehr von ihm verlangt werden, als in dem Bereich des Ausschusses liegt, alles das beweist, eine wie notwendige Einrichtung er ist, und daß er auf dem rechten Wege seiner Wirksamkeit ist.

War es doch eine achtbare Leistung, in kürzester Zeit eine nach Tausenden zählende Massenversammlung im Circus Busch in Berlin zu vereinigen, die einstimmig die Forderungen der Redner nach einer auch den Konsumanten entsprechenden Regelung des Verbrauchs unserer Vorräte und ihrer Preise annahm, an welcher Englands Nahrungszustand zusehen gehen soll. Diese Versammlung zeigte auch schon, daß der Ausschuss sich nicht darauf beschränkt, an andere Wirtschaftsfaktoren Forderungen zu stellen, sondern es auch als seine besondere Aufgabe betrachtet, die Konsumanten über ihre Verpflichtung zu einer verständigen Beschränkung des Verbrauchs aufzuklären.

Mit Wachsamkeit verfolgt der Ausschuss die Gestaltung des Verbrauchs, seine Regelung und Preisbildung unter dem Einfluß des Krieges und der erlassenen Kriegsgesetze. Um eine sachgemäße Behandlung der Fragen zu erzielen, hat der Ausschuss ständig Fühlung mit volkswirtschaftlichen, hygienischen, wissenschaftlichen und praktischen Sachverständigen, mit den staatlichen und städtischen Behörden, mit den landwirtschaftlichen und gewerblichen Verbänden; er nimmt Rücksprache mit den Gewerbetreibenden, besucht ihre Betriebe. Ganz selbstverständlich arbeitet er mit anderen Kriegsorganisationen, wie dem Kriegsausschuss für Volksernährung und dem Kriegsausschuss für Gemüsebau, welche auf ihren besonderen Gebieten auf die gleichen Ziele hinarbeiten, Hand in Hand.

In einer großen Zahl von ausführlich begründeten, eingehend ausgearbeiteten Eingaben an die Reichs- und Landesbehörden, an die Generalkommandos und an die Städte beteiligt sich der Ausschuss ratend, mahnend, fordernd an der gemeinsamen Kriegswirtschaft. Sei es, daß er die Städte auf die Sammlung der zu Futterzwecken verwertbaren Küchenabfälle durch die Schulen hinweist, sei es, daß er von vornherein bestimmte Forderungen hinsichtlich der Brotgetreideverbrauchsregelung stellt, wie sie jetzt eingeführt worden sind, gegen das Auffaufen durch die Haushaltungen, gegen Erhöhung der Höchstpreise, für Beschlagnahme der Bestände unter dem Enteignungsrecht, für die Verbrauchsregelung auf Grund von Brotkarten und durch Herstellung eines einheitlichen Kriegsbrotes. Sei es, daß der Ausschuss die notwendige Massenabschlachtung befürwortet und dabei auf einen allmählich geregelten Auftrieb, auf Festsetzung der Preise zur Verhinderung von Schleuderpreisen und spekulativen Preissteigerungen hinweist, wobei die Wertverwertung des Fleisches zu Dauerware einmal durch die Landwirte selbst, andererseits durch die betreffenden Gewerbe unter Mitwirkung der Städte oder durch vermehrte Einrichtung von Gefrierräumen zur Aufbewahrung frischen Gefrierfleisches betont und vor einer einseitigen Massenverarbeitung etwa zu Konerven oder durch die einzelnen städtischen Haushaltungen gewarnt wird. Sei es, daß der Ausschuss dann wieder gegen die mangelhaften Ernährungsverhältnisse protestiert, welche durch

Zurückhaltung der Kartoffeln bei Produzenten und Händlern zur Erzielung von Höchstpreiserhöhungen hervorgerufen worden sind. Ebenso sucht er den Gefahren vorzubeugen, welche unserer Milchversorgung drohen, und die Konsumanteninteressen dadurch zu schützen, daß er auf die Benutzung der Wälder zu vermehrter Viehfütterung und auf Verlängerung der Abschulzeit für Forstwild hinweist. Auch die Frage nach neuen beziehungsweise nicht üblichen Nahrungsmitteln sucht er mitzulösen, indem er den Konsum von Gerste zu heben sich bemüht. Andererseits befürwortet er wieder die Milberung von Gärten, die sich dadurch ergeben, daß der Schutz des Gezeiges die zum Heeresdienst Eingezogenen und ihrer Angehörigen besonders hinsichtlich der Mietverhältnisse nicht gleichmäßig erspart und auch auf die invalide gewordenen Kriegsteilnehmer und auf die Familien Gefallener ausgedehnt werden muß.

Mag auch vieles von dem, was der Kriegsausschuss befürwortet, nicht so zur Wirklichkeit werden, wie er es wünscht, so gibt ihm doch die stete tätige Mitarbeit an den großen Fragen der Gegenwart und die wachsame Beobachtung der sich mit jedem Tage verändernden Verhältnisse das Bewußtsein, zu seinem Teil sein Bestes zur Wahrung der Konsumanteninteressen zu tun.

Und erscheint dies alles auch gering im Verhältnis zu den gewaltigen Taten und Opfern, die draußen weit über die Grenzen hinaus zu Lande, Wasser und in der Luft von unsern Brüdern geleistet werden — auch diese große Kleinarbeit muß getan werden, sollen die da draußen im Vertrauen darauf kämpfen können, daß die Zurückgebliebenen für sie und ihre Familien ihre Schuldigkeit tun.

Was uns Rußland geliefert hat.

Die Verteuerung fast sämtlicher Produkte hat während des Krieges eine Höhe gewonnen, die bei manchen Waren, namentlich bei denen, die zum Lebensunterhalt unentbehrlich sind, kaum noch erträglich ist. Einen Teil der Schuld trägt die Regierung, weil sie zu spät Maßnahmen zur Erhaltung der Bestände und zur Regelung des Verbrauchs ergriffen hat. Doch auch die durch den Krieg zerrissenen Handelsbeziehungen mit den feindlichen Ländern haben die Schwierigkeiten mit veranlaßt. Nur wenige haben eine klare Vorstellung von der riesenhaften Ausdehnung, die der Warenaustausch zwischen den einzelnen Staaten neuerdings angenommen hatte. Man weiß zwar nur Rot, daß 1913 die Gesamteinfuhr nach Deutschland etwa 11 1/2 Milliarden Mark betragen hat und die Gesamtausfuhr aus Deutschland nahezu 11 Milliarden, aber aus wie unendlich vielen Einzelposten herüber und hinüber sich diese ungeheuren Summen zusammensetzen, danach fragen nur wenige. Für die wirtschaftlichen Verhältnisse eines Landes sind natürlich keine Handelsbeziehungen zu andern Staaten außerordentlich wichtig, mag es sich um Einfuhr oder um Ausfuhr handeln. Und wird durch eine Katastrophe, wie der Krieg eine ist, mit einem Schlage der Warenaustausch abgeschnitten, so können die empfindlichsten Störungen des Wirtschaftslebens selbstverständlich nicht ausbleiben.

An pflanzlichen und tierischen Produkten aller Art war Rußland bis zum Kriegsausbruch einer unserer Hauptlieferanten. Gar manche Warenart fehlt uns jetzt, weil der Weg aus Rußland verlegt ist. Und die Läufe, die unsern dort stehenden Truppen gratis und franko in unbegrenzten Mengen geliefert werden, bilden für den Ausfall keinen genügenden Ersatz. Der Wert der Gesamteinfuhr aus Rußland nach Deutschland ist im Jahre 1913 auf rund 1425 Mill. Mark gestiegen, während die Ausfuhr aus Deutschland nach Rußland von 1910 bis 1913 sich von 547 auf 880 Mill. Mark gehoben hat. Auf die einzelnen Produkte verteilten sich im Jahre 1913 Mengen und Werte in folgender Weise:

An Roggen und Weizen wurden 16 000 000 Ztr. für 118 Mill. Mark nach Deutschland eingeführt, dagegen nur 5 600 000 Ztr. für 40 Mill. Mark nach Rußland ausgeführt.

An Gerste bezogen wir aus Rußland 55 000 000 Ztr. für 326 Mill. Mark, an Hafer 5 400 000 Ztr. für 32,6 Mill. Mark. Von uns aus wurde fast keine Gerste und nur 750 000 Ztr. Hafer an Rußland geliefert.

Den deutschen Bedarf an Weizen deckte Rußland fast ganz allein mit 533 000 Ztr. für 3 1/2 Mill. Mark. An Mais bezogen wir 1 800 000 Ztr. für 10 Mill. Mark, an Speisebohnen 125 000 Ztr. (1,5 Mill. Mark), an Erbsen 3 000 000 Ztr. (17 Mill. Mark), an Linsen 580 000 Ztr. (5,6 Mill. Mark), an Raps und Rübsen 228 000 Ztr. (2,9 Mill. Mark), an Moh'n und Sonnenblumen samen 170 000 Ztr. (1,6 Mill. Mark), an Leinfaat 800 000 Ztr. (9,1 Mill. Mark), an Rotkleefaat 87 000 Ztr. (6,5 Mill. Mark), an Luzernefaat 80 000 Ztr. (4,4 Mill. Mark), an andern Kleearten 240 000 Ztr. (9 Mill. Mark), an Grassaat aller Art 32 000 Ztr. (2,1 Mill. Mark).

Auch 210 000 Ztr. Zuckerrübensamen für 6,3 Mill. Mark lieferte uns Rußland im genannten Jahre, während wir nur 37 000 Ztr. dorthin ausführten. Frische Kartoffeln bezogen wir 1 200 000 Ztr. für 3,3 Mill. Mark, Tlachs 1 350 000 Ztr. für 53,4 Mill. Mark, Hanf 555 000 Ztr. für 17,7 Mill. Mark, Flachsberg 200 000 Ztr. für 6,4 Mill. Mark, Hanfberg 130 000 Ztr. für 3,2 Mill. Mark.

Zablatte wurden zwar nicht viel, doch immerhin 31 000 Ztr. (bei einem deutschen Gesamtbedarf von 1 600 000 Ztr.) von Rußland für 2,1 Mill. Mark geliefert. Aus Finnland erhielten wir 66 000 Ztr. Stachel- und Preiselbeeren für 1,3 Mill. Mark.

Wir sehen also, daß 1913 Rußland für fast 650 Mill. Mark an pflanzlichen Erzeugnissen der Landwirtschaft nach Deutschland ausgeführt hat. Doch auch die russischen Wälder liefern uns wertvolles Material. Wir bezogen 1913 aus ihnen: Eichenholz 1730 000 Ztr. für 5,9 Mill. Mark, anderes hartes Holz 535 000 Ztr. für 1,5 Mill. Mark, weiches Laubholz 1 055 000 Ztr. für 7 Mill. Mark, Nadelholz 34 000 000 Ztr. für 57,5 Mill. Mark, Grubenholz 1 500 000 Ztr. für 2 Mill. Mark, beschlagene oder gefägte Hölzer 12 000 000 Ztr. für 42 Mill. Mark, Eisenbahnschwellen 3 200 000 Ztr. für 7,4 Mill. Mark, eichenes Faßholz 410 000 Ztr. für 3,9 Mill. Mark, Holz zu Holzmasse 20 000 000 Ztr. für 31,7 Mill. Mark, Terpentinharze 137 000 Ztr. für 1,8 Mill. Mark. Das ergibt einen Gesamtwert von reichlich 160 Mill. Mark.

Sehr zahlreich und mannigfaltig sind auch die Lieferungen Rußlands nach Deutschland an Tieren und tierischen Erzeugnissen gewesen. Es gab uns 1913 58 000 Pferde für 24,2 Mill. Mark, 146 000 Schweine für 24,8 Mill. Mark, 740 000 Gänse für 31 Mill. Mark, große Mengen Hühner und Enten, 160 000 Ztr. frisches Rind- und Schweinefleisch für 9,3 Mill. Mark, 92 000 Ztr. geschlachtetes Federvieh für 7 Mill. Mark, 6640 Ztr. Kaviar für 9,7 Mill. Mark, 645 000 Ztr. Rahm und Butter für 64,5 Mill. Mark, 1450 000 Ztr. Eier für 80,8 Mill. Mark, 18 000 Ztr. Bettfedern für 3,5 Mill. Mark, 18 000 Ztr. Pferdehaar zum Polstern, 45 000 Ztr. Borsten für 19 Mill. Mark, 118 000 Ztr. Kalbfelle für 19 Mill. Mark, 198 000 Ztr. Rindshäute für 16 Mill. Mark, 66 000 Ztr. Kalb- und Ziegenfelle für 10 Mill. Mark, 6000 Ztr. Hasen- und Kaninchenfelle für 2 Mill. Mark, 16 000 Ztr. Pelzwerk für 25 Mill. Mark, 75 000 Ztr. Därme usw. für 12,3 Mill. Mark, die 13 750 000 Ztr. Reide, die Deutschland 1913 von Rußland für 60 Mill. Mark gekauft hat, fehlen uns jetzt sehr, ebenso die 6 500 000 Ztr. Delfischen.

An mineralischen Stoffen lieferte uns Rußland 450 000 Ztr. Leinwand, 42 000 Ztr. Albest, 54 000 Ztr. Bleierz, 10 Mill. Ztr. Eisenerze, 140 000 Ztr. Gold- und Platinerze für 12,3 Mill. Mark, 8923 000 Ztr. Mangenerze, 1800 000 Ztr. Schmieröle für 18 Mill. Mark, 143 000 Ztr. Schwebbenzin für 1,6 Mill. Mark, 350 000 Ztr. gereinigtes Leuchtöl, 855 000 Ztr. Rohbenzin, 170 000 Ztr. Knochenmehl für 950 000 Mark.

Gegenüber diesen gewaltigen Mengen an Rohstoffen und Halbprodukten, die wir von Rußland empfangen haben, fallen die von ihm bezogenen Fertigwaren weber nach der Quantität noch nach ihrem Werte ins Gewicht. Im Gegenteil ist Rußland uns ein nicht zu verachtender Abnehmer verschiedener Warengattungen. So kaufte es 1913 für reichlich 81 Mill. Mark Textil- und Posamentenwaren von uns, für 76 Mill. Mark Lederwaren, für 3,7 Mill. Mark Kautschukwaren, für 19 Mill. Mark Holz- und Papierwaren, für 12 Mill. Mark Glas-, Porzellan- und Tonwaren, für 12 Mill. Mark Gold- und Silbergeräte, für 2 Mill. Mark feine Eisenwaren, für 14 Mill. Mark Eisenröhren, Bleche usw., für 50 Mill. Mark Kessel, eiserne Haus- und Küchengeräte, Schlösser, Gestelle usw. — Aluminiumwaren nahm uns Rußland für 1 655 000 Mark ab, Blei, Zinn und Zink für 16 Mill. Mark, Nickel für 3 Mill. Mark, grobe Messingwaren für 908 000 Mark, Kupferwaren aller Art für 18,5 Mill. Mark, Säutewerke usw. und Phonographen für 2,2 Mill. Mark, mathematische Instrumente für 737 000 Mark, Schreibmaschinen für 1,7 Mill. Mark, chirurgische Instrumente für 1,8 Mill. Mark, Gas- und Wassermesser für 900 000 Mark, Lokomotiven und Lokomobile für 12,2 Mill. Mark, einzelne Teile dazu für 4,6 Mill. Mark, Gasmotoren, Turbinen, Bagger usw. für 22,4 Mill. Mark.

Auch für allerlei deutsche Spezialmaschinen war Rußland ein guter Käufer. So bezog es im genannten Jahre von uns für 9,4 Mill. Mark Nähmaschinen, für 2 Mill. Mark Stiel- und Strickmaschinen, für 1 Mill. Mark Webstühle, für 2 Mill. Mark Zureichmaschinen, für 17 Mill. Mark Metallbearbeitungsmaschinen, für 2,7 Mill. Mark Holzbearbeitungsmaschinen, für 13 Mill. Mark Näh-, Dresch- und andere landwirtschaftliche Maschinen, für 5,7 Mill. Mark Brauerei- und Mälzereimaschinen, für 2 Mill. Mark Maschinen zur Papierherstellung, für 6 Mill. Mark Pumpen und Hebe- und Fördermaschinen, für 23 Mill. Mark allerlei andere industrielle Maschinen.

Elektrotechnische Erzeugnisse lieferten wir an Rußland für 7,8 Mill. Mark, Metallfadenlampen für 8 Mill. Mark, Kohlenfadenlampen für 800 000 Mark, Fernsprecher für 1 Mill. Mark, elektrische Signalapparate für 670 000 Mark, andere Apparate für elektrischen Betrieb für 14 Mill. Mark, Motorwagen für 19 Mill. Mark, freilaufende Lastmotowagen für 3,2 Mill. Mark, Fahrräder usw. für 2 Mill. Mark, Uhren für 2 Mill. Mark, Klaviere für 5 Mill. Mark, Mundharmonikas für 600 000 Mark, Kinderspielzeug für 2,9 Mill. Mark.

Wie uns die unterbliebene Einfuhr von russischen Nahrungsmitteln fehlt, so wird die Industrie stark berührt durch das Unterbleiben der Ausfuhr ihrer Fertigwaren nach Rußland. Ob es unserer Industrie möglich sein wird, nach Beendigung des Krieges die Fäden im alten Umfange wieder

herzustellen, muß abgewartet werden. Jedenfalls zeigt sich der Krieg nicht nur als der große Zerstörer von Menschenleben und Menschenglück, sondern auch als Verwüster der internationalen wirtschaftlichen Beziehungen.

Internationale Nachrichten.

Die amerikanischen Gewerkschaften und der Krieg.

In den Vereinigten Staaten von Amerika, die bei mehr als 100 Millionen Einwohnern ein „stehendes Heer“ von kaum 80 000 Mann unterhalten (abgesehen von den Staatsmilizen), betrachtete man den „bewaffneten Frieden“ Europas immer sehr mißtrauisch; man bezweifelte, daß das Wettrüsten tatsächlich die beste Gewähr für die Erhaltung des Friedens bedeuten solle. Viele Amerikaner glaubten auch an die Nähe eines großen Krieges. So zum Beispiel sagte auf dem amerikanischen Gewerkschaftskongreß im Herbst 1913 G. W. Perkins, der kurz vorher an der internationalen Gewerkschaftskonferenz in Zürich teilgenommen hatte, Europa komme ihm wie ein Vulkan vor, dessen Ausbruch täglich einzutreten und die zivilisierte Welt in ihren Grundfesten zu erschüttern droht. (Proceedings of the 33rd Annual Convention of the American Federation of Labor, Seite 153.) In richtiger Erkenntnis des Ernstes der Lage beschloß der amerikanische Gewerkschaftskongreß von 1913, das internationale Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen zu ersuchen, als Beginn positiver Friedensarbeit einen Aufruf zur Unterstützung des Vorschlages auf einjährige Einstellung der Rüstungen zur See an die Regierungen wie an die Gewerkschaften der Kulturländer zu senden; doch wurde dieses Ansuchen abgewiesen, weil es eine politische Angelegenheit ist. Der Aufruf wurde dann vom amerikanischen Arbeiterbund selbst verbreitet; zustimmende Antworten langten ein von den Gewerkschaftszentralen in Oesterreich, der Schweiz, den Niederlanden, Dänemark, Schweden, Frankreich und Großbritannien.

Auf dem im November 1914 abgehaltenen 34. Amerikanischen Gewerkschaftskongreß wurde ein Beschluß, betreffend den europäischen Krieg, gefaßt, der nach eingehender Begründung folgendes sagt:

„Als Vertreter der organisierten Arbeiterschaft Amerikas entbieten wir hiermit den organisierten Arbeitern Europas unsere brüderlichen Grüße; wir sprechen unsere Teilnahme aus an ihrem großen Leiden und ihrem Elend und bekunden zugleich unsere glühende Hoffnung auf eine baldige Beendigung dieses schrecklichen Krieges, der die Länder verwüstet, die Familien zerreißt und die Völker zugrunde richtet. Wir wünschen, daß die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Arbeiterparteien der verschiedenen Länder keine längere Unterbrechung erleiden, als solche wegen des Krieges unvermeidlich ist, und daß der regelmäßige Verkehr sowie das Zusammenwirken sofort nach Beendigung des Krieges wieder aufgenommen werden.“

Der Amerikanische Arbeiterbund hat sich in Bereitschaft zu halten und seinen Vorstand zu ermächtigen, daß zugleich mit dem Friedenskongreß, der zur Erledigung von Ansprüchen und Streitigkeiten zweifellos stattfinden wird, eine Zusammenkunft der Vertreter der organisierten Arbeiterschaft der verschiedenen Länder einberufen wird, um Anträge entgegenzunehmen und Schritte zu tun, die geeignet sind, die gegenseitigen Beziehungen wieder herzustellen, die Interessen der Arbeiter zu schützen und damit auch zur Begründung eines dauernden Friedens beizutragen.

Abschriften dieses Beschlusses sind an alle Gewerkschaftsverbände der Welt und an den Präsidenten der Vereinigten Staaten zu senden.

Der Vorstand des Amerikanischen Arbeiterbundes hat sich über die in den Arbeiterbewegungen herrschenden Anschauungen Gewißheit zu verschaffen und sie zur Mitwirkung an der Durchführung dieser Resolution einzuladen.

Die Gewerkschaftspresse der Vereinigten Staaten hat von Anfang an eine streng neutrale Haltung eingenommen. Nur ganz ausnahmsweise konnte man finden, daß sich die Sympathien einer Gruppe der kriegführenden Staaten zuneigen. Ein Teil der Verbandsorgane bringt überhaupt nichts über den Krieg. Die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und der Generalkommission der Gewerkschaften während des Krieges, die in der amerikanischen sozialistischen Presse abfällig beurteilt wird, hat in der Gewerkschaftspresse noch zu keinerlei Kritik geführt.

Das amerikanische Bürgertum, oder mindestens ein sehr großer Teil desselben, hat von dem europäischen Kriege wirtschaftliche Vorteile erwartet, wie die Steigerung der Ausfuhr, die Sicherung neuer Absatzgebiete, die den kriegführenden Staaten verloren gehen usw. Die Gewerkschaften haben sich gegen solche Auffassungen gewendet und sie haben recht behalten. Im ganzen ist durch den Krieg auch Amerika wirtschaftlich empfindlich geschädigt. Bedeutend gestiegen ist zwar die Ausfuhr von Nahrungsmitteln und Kriegsbedarf, wodurch einer Anzahl von Exporteuren riesige Profite zufließen; aber die Wirtschaftszweige, die den Kriegführenden nichts zu liefern haben, liegen danieder und werden sich nur schwer wieder erholen können. Ueberdies bewirkte der gesteigerte Nahrungsmittelexport eine Steigerung der Preise in Amerika selbst und damit eine Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiter, während andererseits die Aussichten auf erfolgreiche Durchführung von Lohnbewegungen jetzt weniger günstig sind als in normalen Zeiten.

Ein Vorschlag, der schon zu Kriegsbeginn aufgetaucht und nun wieder hervortrat, geht dahin, die Vereinigten Staaten sollten jede Ausfuhr nach den kriegführenden Ländern verbieten, um auf diese Weise

die Fortführung des Krieges unmöglich zu machen. In Gewerkschaftskreisen fand dieser Vorschlag viel Zustimmung; aber das Bürgertum, das eine schwere Wirtschaftskrise von der Einstellung eines beträchtlichen Teils des Außenhandels erwartet, ist dafür nicht zu haben.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Arbeitsvermittlung.

Wie unsere in letzter Zeit erhobene Statistik zeigt, ist die Arbeitslosigkeit in den Reihen unserer Verbandskameraden gar groß. Und es ist kaum damit zu rechnen, daß sie mit dem Herankommen des Frühjahrs stark schwindet oder ganz aufhört. Die Privatwirtschaft wird kaum so lebhaft werden, daß sie allen Arbeitslosen Beschäftigung bieten könnte, und die öffentlichen Bauten, selbst wenn viele in Angriff genommen werden, dürften ebenfalls nur einem kleinen Teil der Arbeitslosen Beschäftigung bringen.

Nun kommen aber öfter Arbeitsangebote, wo plötzlich größere Massen Zimmerer verlangt werden. Es handelt sich dann um Arbeiten und Bauten, wie sie der Krieg mit sich bringt. Wir müssen alles versuchen, diese Arbeitsstellen zu besetzen. Wir haben uns schon seit Kriegsausbruch in dieser Richtung bemüht, und es ist uns auch in vielen Fällen gelungen, größeren Trupps Verbandskameraden Arbeit zu verschaffen. Nur ist es mitunter schwer, an unsere arbeitslosen Kameraden heranzukommen. Insofern muß ein Wandel eintreten. Wenn hier im Zentralverbandsbureau Arbeit gemeldet wird, dann müssen die Arbeitsstellen in der Regel auch schnell besetzt werden. Wir versuchen dann, die arbeitslosen Kameraden in den der gemeldeten Arbeit zunächstgelegenen Zahlstellen unterzubringen. Leider bekommen wir dann nur zu oft die Antwort zurück, daß niemand bereit ist, nach außerhalb zu gehen. Dann müssen andere Verbandszahlstellen beehelligt werden. Mitunter machen wir dort die gleiche Erfahrung, daß niemand zur Abreise bereit ist. So vergehen nicht nur Tage, sondern oft Wochen, bevor die gemeldete Arbeitsstelle von uns besetzt werden kann, wenn sie nicht inzwischen schon anderweitig besetzt worden ist.

So kann es nicht weitergehen, wenn wir die Arbeitsvermittlung mit Erfolg betreiben sollen. Wer zu Hause nicht ganz unabhänglich ist, sollte auch nach auswärtis Arbeit annehmen, wenn solche vorliegt und von hieraus die Aufforderung ergeht.

Von Seiten der Gauleiter und Zahlstellenvorstände muß in diesem Sinne auf unsere Kameraden eingewirkt werden. Anders ist der großen Arbeitslosennot kaum zu steuern.

Beitragskalender für das Jahr 1915.

Die Beitragskalender für das Jahr 1915 sind den Gauleitern zugestellt worden. Diese übermitteln sie den einzelnen Zahlstellen. Zahlstellen mit besonderer Bezirksaffizierung erhalten für jeden Kassierer einen Kalender. Die gewünschte Anzahl bitten wir den Gauleitern aufzugeben.

Arbeitslosenmarken 1914.

Bei der Ausstellung von Ersatzbüchern stellt sich heraus, daß in mehreren Fällen die während des Krieges geltenden Arbeitslosenmarken auch für Restwochen des dritten Quartals verwendet wurden, obwohl beim Versand dieser Marken in dem beiliegenden Zirkular ausdrücklich darauf hingewiesen wurde, daß sie erst mit Beginn des vierten Quartals Gültigkeit erlangen. Die frühere Verwendung dieser Marken ist unstatthaft. Alle Bücher, in denen die Arbeitslosenmarken schon im dritten Quartal geklebt wurden, sind zurückzugeben, damit sie durch ordentliche statutarische Beitragsmarken ersetzt werden. Wir eruchen die Zahlstellenvorstände, das zu beachten und alle Bücher, in denen Arbeitslosenmarken zu Unrecht geklebt wurden, sofort in Ordnung zu bringen.

Der Zentralvorstand.

Raffengeschäftliches.

Vorschüsse an die Zahlstellen zum Zwecke der Auszahlung für Arbeitslosenunterstützung usw. wurden in der Zeit vom 1. bis 28. Februar folgende versandt: Altenburg M. 255, Altenfittenbach 100, Altrahlstedt 100, Anklam 100, Amberg 30, Annaberg 100, Apennade 50, Arnstadt 40, Arnswalde 150, Aue 100, Bad Rippingen 100, Bad Sachsa 75, Bargteheide 30, Belgern 75, Bergen a. Rügen 135, Bielefeld 300, Blankenburg i. Th. 60, Borna 50, Brandis 150, Braunschweig 800, Breslau 1000, Bromberg 250, Brunshaupten 50, Bullenhaupten 50, Burg a. Fejmann 75, Calbe 200, Cammer 75, Colmar i. G. 100, Cravinkel 50, Culmbach 50, Dargun 75, Darmstadt 100, Delitzsch 175, Detmold 40, Domschau 30, Dresden 20 000, Droyßig 30, Eisenberg 100, Elbershausen 100, Festsberg 75, Fiechne 40, Förstle a. Harz 150, Frankenberg 150, Freiberg i. S. 75, Freienwalde 75, Freyhan 450, Gera 150, Glauchau 175, Goldberg i. M. 50, Gollnow 175, Gredesmühlchen 100, Grimma 200, Großbreitenbach 150, Großbröhrsdorf 150, Grünberg i. P. 75, Güstrow 54, Halle a. d. S. 400, Hannover 800, Hainau 100, Heilbronn 150, Helmrechts 100, Herbsleben 75, Heringen 50, Hirschberg i. Schl. 200, Hof 150, Ingoßstadt 50, Jöhoe 75, Jüterbog 50, Kattowitz 300, Kempten 100, Klingenthal 150, Kolbitz 50, Kolmar 50, Königsberg i. Pr. 300, Krafow 50, Kronach 50, Kröpelin 150, Kulmbach 100, Landsberg a. d. W. 75, Landsbut i. Bayern 100, Langenbielau 100, Langenbols 75, Langensalza 150, Lassa 50, Lemgo 25, Leuzenfeld 150, Löbau 50, Loitz 75, Lübs i. P. 50, Marklissa 30, Meerane 100, Memel 300, Meura 100, Mültitz 350, Mühlhausen i. Th. 200, München 1500, Neuruppin 150, Northeim 50, Roffen 200, Nürnberg 1000, Nürtingen 100, Oberneufirch 150, Oberrennersdorf 200, Ohlau 50, Oelsnitz 350, Orlitz 50, Osterburg 100, Pinneberg 50, Plauen i. V. 500, Pödejud 50, Pößneck 50, Penzlin 100, Pöhlitz 30, Pyritz 100, Radolfzell 25, Raftenburg 75, Reichenau 200, Reichenbach 150, Reinsfeld 75, Regensburg 75, Ribnitz 100, Röbel 50, Rohnberg 30, Ruppertsdorf 100, Saarlautern 150, St. Ludwig 25, Satow 50, Seehausen in der Altmark 60,

Seidenberg 75, Selb i. Bay. 100, Sulzingen 50, Sülze 150, Swinemünde 150, Schippenbeil 50, Scheuditz 150, Schwabach 60, Schweinfurt 75, Stargard i. M. 100, Steinbergen 30, Straubing 100, Tambach 100, Tilsit 100, Trachenberg 75, Treptow a. d. N. 50, Treuen i. B. 75, Trittau 15, Zuttlingen 80, Waldburg i. Schl. 50, Waltershausen i. Th. 75, Waren 100, Werbau 150, Wernigerode 150, Westerland 200, Wreschen 50, Würzburg 100, Wurzen 100, Zäckerick 50, Zarentin 100, Zeulenrode 25, Zittau 800, Zwickau 400.

N.B. Da immer noch Bestellungen auf Vorschüsse hier einlaufen, die nur die Unterschrift des Kassierers tragen, muß hiermit zum wiederholten Male darauf hingewiesen werden, daß solche Bestellungen unberücksichtigt bleiben. Zweckmäßigkeit eines Vorschusses aus der Hauptkasse ist es durchaus notwendig, die mit Vordruck versehenen Karten zu benutzen und diese in allen Teilen korrekt auszufüllen; die Karten müssen drei Unterschriften und die genaue Adresse des Kassierers tragen. Letzterer muß aber auch bereits als solcher an der Zentralstelle gemeldet sein.

Adolf Römer, Kassierer.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Gau I (Ost- und Westpreußen).

Jahresbericht.

Abgesehen von einigen kleinlichen Nebenerscheinungen, denen wir als Berufsorganisation ausgesetzt sind, hervorgerufen durch die Tarifbewegung, setzte bereits im Anfang des Berichtsjahres in den verschiedenen Orten des Gaus die Agitation ein. So wurde zum Beispiel von der Zahlstelle Danzig aus im Zahlstellengebiet sowie auch außerhalb desselben eine lebhafte Agitation entfaltet, die gute Erfolge zeitigte. Mit Erfolg wurde auch in Rosenburg bei Niesenburg gearbeitet, wo durchschnittlich 60 Zimmerer beschäftigt werden. Dort wurden sogar einige Kameraden gefunden, die auf den „Zimmerer“ abonniert waren. Leider wurde durch den Krieg die begonnene Agitationsarbeit unterbrochen. In Freystadt i. Westpr. verließen unsere Unternehmungen negativ; ebenso erging es uns in Neumark i. Westpr. Hier in diesen Orten spielten hauptsächlich die schlechten Arbeitsverhältnisse die Hauptrolle. In Schwes an der Weichsel, wo schon eine Zahlstelle bestanden hatte, gelang es unsern Kameraden aus Culm, wieder festen Fuß zu fassen. Aber auch hier wurde durch den Krieg den weiteren Erfolgen ein Ziel gesetzt. So ist es uns in mehreren Orten ergangen. Noch kurz vor Ausbruch des Krieges wurde in Soldau an der russischen Grenze eine Zahlstelle gegründet.

Hervorgehoben sei noch, daß es unsern Elbinger Kameraden gelungen war, sämtliche am Orte beschäftigten Zimmerer bis auf drei oder vier Poliere zu organisieren.

Auch in der Provinz Ostpreußen ging es vorwärts. So haben sich unter andern auch unsere Kameraden in Königsberg an der Ausbreitung unserer Organisation beteiligt. Pr.-Gylau wurde den Zentrumschriften wieder entzogen. Unsere Kameraden aus Vartenstein versuchten verschiedene Male, in Friedland und Gerdaun festen Fuß zu fassen. Leider wurden wir auch hier an den weiteren Erfolgen durch den Ausbruch des Krieges gehindert. Ferner sei noch erwähnt, daß der Kamerad Palloka-Insterburg einige Wochen in Insterburg und Umgegend agitatorisch mit tätig war (siehe „Zimmerer“ Nr. 32, 1914). Recht erfreuliche Ausichten für unsere Organisation boten sich in den kleineren Orten, vor allen in den Orten, die an der Grenze lagen. Bei der allgemeinen Agitation haben die Kameraden Hinrichsen-Berlin und Keet-Danzig 18 Versammlungen im Gau abgehalten mit dem Thema: Die berufliche wirtschaftliche Lage der Zimmerer und wie ist sie zu verbessern? Ein vollständiges Bild über die Erfolge der Agitation läßt sich nicht gewinnen; es steht aber fest, daß wir am Jahreschluß mit über 4000 Mitgliedern im Gau hätten rechnen können, wenn nicht der Krieg gekommen wäre.

Zur Lohnbewegung ist zu bemerken, daß in Ostpreußen noch nicht alle Verträge aus dem Jahre 1913 erledigt sind. Es handelt sich hier in der Hauptsache um die Zulässigkeit der Akkordarbeit für Zimmerer. Die Unternehmer möchten wie bei den Bauarbeitern auch die Akkordarbeit für Zimmerer im Bauhof und Bogen unersetzlich anerkennen wissen. Der Arbeitgeberverband machte sogar nach Ausbruch des Krieges noch den Versuch, uns zu bewegen, wir sollten unsere Zustimmung zum Abschluß der Verträge geben, weil die Bauarbeiter ein Interesse an dem Abschluß ihrer Akkordverträge hätten. Wir sollten also unsere Zustimmung zum Abschluß von Verträgen geben für Orte, die leider schon von den Russen besetzt waren. Dieses Ansinnen wurde unersetzlich abgelehnt. Für Preußisch-Gylau, Goldap, Marggrabowa, Löben, Rehshof, Stuhm und Schöneck wurden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse tariflich geregelt. In allen Orten wurde die Arbeitszeit während der Vertragszeit auf zehn Stunden festgelegt sowie eine den örtlichen Verhältnissen entsprechende Lohnhöhung durchgeführt. In Czanz in Ostpreußen beabsichtigten unsere Kameraden, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen ebenfalls tariflich zu regeln. Die Forderung wurde den Arbeitgebern zugestimmt, und als die Arbeitgeber sie unbeantwortet ließen, sollte, da die Zeit zur Durchführung der Forderung sehr günstig war, die Arbeit eingestellt werden. Hierzu kam es aber nicht, indem die meisten Zimmerer meinten, man könne doch die Arbeit nicht einstellen, da der Meister dadurch Schaden habe. Es müsse unbedingt mit der Einstellung der Arbeit solange gewartet werden, bis die Arbeit fertig sei. Hoffentlich werden die dortigen Zimmerer bald eines Besseren belehrt werden.

Um die Arbeiten im Gau zu erledigen, fanden vier Gauvorstandssitzungen statt, 73 Sitzungen mit den Zahlstellenvorständen, 83 Kassenrevisionen, 106 Versammlungen; 60 mal mußte wegen Agitation in andern Orten eingegriffen werden. Unorganisierte Orte wurden achtmal besucht. Die Lohnbewegungen erforderten 17 Sitzungen mit den Zahlstellenvorständen respektive Lohnkommissionen, weiter wurden 21 Versammlungen abgehalten sowie 49 Sitzungen mit den Arbeitgebern. Aufträge unseres Zentralvorstandes kamen sieben zur Erledigung. An diesen Arbeiten war der Gauleiter in 206 Fällen beteiligt, in 168 Fällen durch Vertreter.

Der schriftliche Verkehr weist 1003 Eingänge und 1380 Ausgänge auf. Außerdem wurde noch zur Einleitung der Agitation ein Flugblatt in der Auflage von 4000 Exemplaren verteilt,

und ferner wurden 1764 Handzettel und sonstige Einladungen für die Zahlstellen hergestellt.

Nach einige Worte über den Stand unserer Organisation nach Ausbruch des Krieges. Darauf ist bereits im „Zimmerer“ Nr. 41 vom vorigen Jahre kurz hingewiesen worden. Mit dem Augenblick der Mobilmachung war jeder Verkehr zwischen dem Gauleiter und den Zahlstellen unterbrochen. Soweit festgestellt werden konnte, ruhte die Arbeit allerorts. Schweren und ersten Zeiten sah man entgegen. Nach drei bis vier Wochen trat aber eine Aenderung ein, indem durch den Bau von Baracken und dergleichen genügend Arbeit geschaffen wurde. Das hatte zur Folge, daß nicht genügend Arbeitskräfte vorhanden waren und als Ersatz aus andern Orten Zimmerer herangeholt wurden. Ebenso wurden und werden sehr viele Zimmerer bei den Armierungsarbeiten beschäftigt. Es ist angebracht, über die Form der Arbeitsvermittlung hier einige Worte zu verlieren. Zum Beispiel wurden Zimmerer nach Königsberg aus Hamburg verlangt, während unsere Kameraden aus den Orten der hiesigen Provinz, die durch die Russen besetzt waren, samt ihren Familien flüchten mußten. Auf ihrer Flucht haben sie auch Königsberg berührt. Sie hätten gern Arbeit angenommen, aber sie mußten weiterfahren nach Orten, wo sie keine Arbeitsgelegenheit fanden. Es könnten noch verschiedene Mißstände aufgezählt werden, doch wollen wir davon unter den gegenwärtigen Zeitverhältnissen absehen. Nachdem der Bahnverkehr wieder freigegeben war, auch der Briefverkehr wieder vor sich ging, wurden die Zahlstellen, soweit es möglich war, besucht. Dabei bot sich allerdings vielfach ein trauriges Bild. Tilsit, Pillkallen, Stallupönen, Gumbinnen, Insterburg, Goldap, Marggrabowa, Lyck, Johannisburg, Sensburg, Angerburg, Nikolaiken waren von den Russen besetzt. In andern Zahlstellen, wie Ursz, Schippenbeil, Straßburg i. Westpr., Vartenstein, Bülow, Rehshof-Stuhm usw., waren alle Mitglieder eingezogen. Was nicht an die Front mußte, war zu den Armierungsarbeiten beordert. In den Orten, wie Nauenburg usw., waren unsere Kameraden geflüchtet. Nach den Niederlagen, die den Russen bei Tannenberg und an den mairischen Seen bereitet wurden, räumten diese die von ihnen besetzten Teile der Provinz Ostpreußen. Langsam kehrten unsere geflüchteten Kameraden in ihre Wohnorte wieder zurück.

Viele Mühe mußte nun aufgewandt werden, um den Mitgliedern in den zurückgebliebenen Zahlstellen verständlich zu machen, daß nach Ausbruch des Krieges die Organisation nicht aufgehoben sei, daß sie nach wie vor fortbestehen bleibe und gerade in dieser traurigen Zeit große Aufgaben zu erfüllen habe. Es ist recht bedauerlich, daß in den Köpfen einiger Kameraden sich die dunkelsten Ansichten über den Fortbestand der Organisation zeigten. Auf sie hier einzugehen, wäre nutzlos. Inzwischen sind alle diese Ansichten durch die Zeit widerlegt. In einigen Zahlstellen hat die ungenügende Unterstützung seitens des Zentralvorstandes an die Familien, deren Ernährer eingezogen wurde, Unzufriedenheit hervorgerufen, ebenso die Regelung der Arbeitslosenunterstützung. Der Unwille ist wohl darauf zurückzuführen, daß man glaubte, der Krieg sei in zwei bis drei Monaten zu Ende und das mehr verbrauchte Geld für die Unterstützung wäre bald wieder aufgebracht. Die Dauer des Krieges hat auch in diesen Reihen die Ernüchterung gebracht, daß der Zentralvorstand richtig gehandelt hat, und zwar im Interesse der Gesamtorganisation. Es soll aber auch nicht verschwiegen werden, daß es im Gau I auch Mitglieder gegeben hat, die sich sagten, daß die Organisation unmöglich die statistischen Unterstützungen während des Krieges weiter leisten könne, da sich die Einnahmen bedeutend verringerten.

Zum Schluß soll noch mit einigen Worten die Arbeitsgemeinschaft für das Baugewerbe gewürdigt werden. In einigen Kreisen glaubt man, in der Errichtung dieser Gemeinschaft das Altheilmittel gefunden zu haben. Für Westpreußen haben sich jetzt zwei Sitzungen stattgefunden, eine Mitte November vorigen Jahres, eine am 3. Dezember. Die erste beschäftigte sich mit der Wahl des Provinzvorstandes, die zweite Sitzung mit der Tätigkeit desselben. In dieser Sitzung wäre bald die ganze Geschichte auseinandergefallen; nur mit Mühe und Not gelang es, den Provinzvorstand nochmals zusammenzulegen. Dieser kritische Zustand wurde dadurch hervorgerufen, daß einige Arbeitgeber recht wenig soziales Verständnis für die Errichtung der Arbeitsgemeinschaft zeigten, sie glaubten, durch diese Einrichtung nur ihre Interessen fördern zu sollen. Nach langem Hin- und Herreden wurde vereinbart, daß der Vorsitzende des Provinzvorstandes sich mit den übrigen Arbeitgebern in den in Frage kommenden Orten der Provinz in Verbindung setzen solle zwecks Gründung von örtlichen Arbeitsgemeinschaften unter der Voraussetzung, daß auch die Arbeitnehmer mit beifällig sein müßten. Sowie dieses geschehen sei, solle Mitte Januar wieder eine Sitzung stattfinden. Dabei ist es geblieben. Für Ostpreußen wurde noch gar nichts unternommen, was wohl auf die günstige Arbeitsgelegenheit, hervorgerufen durch die Armierungsarbeiten, zurückzuführen ist.

Wir wollen hoffen, daß bei der nächsten Berichterstattung erfreulicherer zu berichten ist. Unser Wunsch ist, daß nach Beendigung des Krieges alle unsere im Felde stehenden Kameraden in unsere Reihen zurückkehren möchten. Für die nicht Zurückkehrenden haben die Dahingeblichenen durch Werbung neuer Mitglieder Ersatz zu schaffen. Geschieht das, dann wird unsere Organisation den gegenwärtigen Zustand sicher überwinden. Einigkeit macht stark und führt zum Ziele!
Elbing, im Februar 1915. **K. Jinsel.**

Gau 10 (Schleswig-Holstein-Oldenburg).

Jahresbericht.

Daß selbst für ein Kriegsjahr Befriedigendes berichtet werden kann, zeugt von einem guten Stande der Organisation sowie von dem guten Geist, der in ihr vorhanden ist und der auch die Kriegswirren überdauern wird. Bei Beginn des Krieges, der zeitlich mit dem Abschluß des 2. Quartals 1914 zusammenfällt, waren im Gau 85 Zahlstellen mit 137 Lohngebieten vorhanden, die 123 Vertragsgebiete und 8416 Mitglieder umfaßten. Hiervon waren am Ende des Jahres (genau am 16. Januar 1915) 3484 Mitglieder oder 43,7 pZt. zum Militär eingezogen; 329 waren unauffindbar oder unangemeldet zum Militär eingetreten. Von den Zurückgebliebenen waren 344 oder 7,5 pZt. arbeitslos, 137 oder 2,5 pZt. krank, und 4122 oder 90 pZt. in Arbeit.

Während des Krieges lösten sich die Zahlstellen Helgoland (dort sind Zivilbewohner nicht mehr am Ort), Hörnerkirchen, Neustadt und Meldorf auf. Meldorf schloß sich Heide als Bezirk an, in Hörnerkirchen und Neustadt sind alle Verbandsmitglieder eingezogen. Ueber Gründungen von Zahlstellen vor dem Kriege ist nichts zu berichten. Während des Krieges mußte das meiste Gewicht auf die Erhaltung der Organisation gelegt werden.

Im Jahre 1914 wurden folgende Lohnbewegungen geführt: Für Bremervörde erhöht sich laut Vertrag, der bis zum 1. April 1918 Gültigkeit besitzt, der Stundenlohn stufenweise von 47 1/2 auf 60 $\frac{1}{2}$. Die tägliche Sommerarbeitszeit verkürzt sich von 10 auf 9 1/2 Stunden. — In Bullenhäusen gelang es ebenfalls, die Sommerarbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden herabzusetzen. Der Lohn wurde von 65 auf 70 $\frac{1}{2}$ die Stunde erhöht. Der Vertrag, der nicht gekündigt ist, läuft bis zum 1. April 1916 weiter. Der Unternehmer Bardowick aus Hörsten sprach sich für die Kündigung aus. — Der Streik in Wesselburen, der eine Erhöhung des Lohnes über 50 $\frac{1}{2}$ pro Stunde bringen sollte, mußte infolge des Krieges abgebrochen werden. — In Neumünster hatten sich die Unternehmer dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe angeschlossen, deshalb war bei der Vertragsrenewierung das Vertragsmuster maßgebend. Der Lohn wurde durch Verhandlung in mehreren Staffeln von 62 auf 67 $\frac{1}{2}$ die Stunde erhöht. Weil die Unternehmer die Zulässigkeit der Akkordarbeit verlangen, für das Vorkommen der Akkordarbeit aber keine Beweise bringen können, ist der Vertrag bis heute nicht erledigt. — Buglehe besitzt einen zwischen Gesellenauschuß und Innung abgeschlossenen Vertrag, der folgende Bestimmung enthält: „Erhöht sich der Lohn der Maurer während der Vertragsperiode, dann erhöht sich auch der Lohn der Zimmerer und Dachdecker.“ In diesem Jahre erhöhte sich der Lohn deshalb von 60 auf 63 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. Den Maurern sind weitere Erhöhungen zugestimmt; wollen die Zimmerer diese auch für sich in Anspruch nehmen, dann müssen sie sich energischer betätigen. In der Papierfabrik noch weitere Erhöhungen für die Zimmerer durchzusetzen, blieb ohne Erfolg. — In Dachsenwärd, Bezirk Bergedorf, hatten sich die Zimmerer mit dem Bauarbeiterverband über gemeinsame Forderungen verständigt. Verhandelt haben die Bauarbeiter allein, die Zimmerer wurden ausgeschlossen. Erreicht wurde eine Erhöhung des Lohnes um 5 $\frac{1}{2}$, von 65 auf 70 $\frac{1}{2}$. Auf die Verkürzung der Arbeitszeit haben die Bauarbeiter verzichtet, trotzdem bei den Arbeitgebern Neigung vorhanden war, diese gemeinsame Forderung der Bauarbeiter und Zimmerer zu bewilligen. — Die Harsfelder Unternehmer hatten den Versuch gemacht, den vertragmäßigen Lohn von 55 $\frac{1}{2}$ pro Stunde zu befeitigen. Es gelang auch durch einen Streik nicht, die erneute schriftliche Anerkennung des Lohnes zu erzwingen; aber die Unternehmer zahlen jetzt den Lohn von 55 $\frac{1}{2}$ pro Stunde. — In Sylke, Bezirk von Bremen, ist es auch diesmal nicht gelungen, den Stundenlohn von über 50 $\frac{1}{2}$ allgemein zur Durchführung zu bringen. Die Platzperre bei Nienstedt bewirkte nicht einmal, daß den Zimmerern bei dieser Firma das Vereinigungsrecht zugestanden wurde. — Im Geestmünder Landgebiet gelang es, bei einigen Firmen den Lohn von 54 auf 58 $\frac{1}{2}$ pro Stunde vertraglich zu erhöhen. — In Seefeld-Holtsee, Bezirk von Kiel, wurde der Lohn auf 57 $\frac{1}{2}$ pro Stunde festgesetzt. — Die Bramstedter Maurer und Zimmerer mußten zur Erringung ihres tariflichen Lohnes noch erst streiken.

Obige Bewegungen umfaßten 11 Lohnbezirke mit 106 Orten, darin sind 78 Unternehmer mit 328 Zimmerern und 78 Lehrlingen beschäftigt. Gestreikt wurde in 4 Orten von 77 Zimmerern, die zusammen M. 1428,30 Streikunterstützung erhielten, wovon die Hauptkasse M. 1288,60 trug.

Im Gau sind 23 Gebiete, für die ein Zwang zum Abschluß von Tarifverträgen nicht besteht und wo auch gegenwärtig Tarifverträge nicht vorhanden sind. Für diese Gebiete kommen 218 Zimmerer in Frage. Außerdem waren am Schluß des Jahres 20 Tarifverträge auf örtlicher Grundlage vorhanden, die 383 Zimmerer umfassen. Auf zentraler Grundlage sind 29 Verträge endgültig fertiggestellt, also auch zentral genehmigt; sie gelten für 2651 Zimmerer. Es sind diese folgende Verträge: Apenrade, Bremen, Ganderkesee, Eckernförde, Elmshorn, Flottbek, Schenefeld, Flensburg, Friedrichsort, Habersleben, Hufum, Kiel, Bordesholm, Lauenburg, Lüneburg, Neustadt, Pinneberg, Reinbek, Rendsburg, Schwartau, Schleswig, Sonderburg, Stade, Londern, Uetersen, Barel und Winjen a. d. L.

In 51 Vertragsgebieten mit 5164 Zimmerern, wo ein Zwang zum Abschluß von Tarifverträgen besteht, steht die endgültige Erledigung der Tarifverträge noch aus. Es sind dies die Orte: Ahrensbüttel, Ahrensburg, Altrahsfeld, Bargteheide, Bergedorf, Bierland (örtlich unterschrieben), Bramstedt, Brunsbüttel, Burg a. F., Burg i. D., Cutin, Garstedt (örtlich unterschrieben), Geesthacht, Hasloh, Hamburg, Jzehoe, Kellinghusen, Lübeck, Preetz, Marne, Meldorf (unzweifelhaft genehmigt), Mölln, Neumünster, Plön, Schwarzenfel, Trittau, Wedel, Westerland (örtlich unterschrieben), Wilster, Lockstedter Lager und Lütjenburg (örtlich unterschrieben). Mit Ausnahme von Lübeck und Hamburg liegen alle diese Orte im Bereiche des Arbeitgeberverbandes Schleswig-Holstein. Im Bereiche des Arbeitgeberverbandes für das Unterweser-Gebiet sind in folgenden Orten die Tarifverträge noch nicht endgültig erledigt: Aurich, Brate, Brinnum (örtlich unterschrieben), Wegesack (inzwischen genehmigt), Osterholz-Scharmbeck, Mahndorf, Achim, Cuxhaven, Delmenhorst, Wildeshausen, Embden, Helgoland, Jever, Lehe-Greestmünde, Leer, Norden, Nordern, Nordenham, Oldenburg und Wilhelmshaven. Die Differenzen in diesen Orten betreffen meistens die Bezahlung der Einschalarbeiten bei Beton- und Eisenbetonbauten.

Auf Grund der Beschlüsse unserer 20. Generalversammlung (Protokoll Seite 242, 245 ff., 252 und 265) und der Beschlüsse unserer 3. außerordentlichen Generalversammlung (Protokoll Seite 69 ff.) wurde in allen jenen Tarifgebieten des Gaus, wo Betonarbeiten vorkamen, die Forderung gestellt, daß Einschalarbeiten an Beton- und Eisenbetonbauten mit Zimmererlohn bezahlt werden. Auch wo die Arbeitgeber verlangten, daß die Betonlöhne mit geregelt werden sollten, wurde diese Forderung gestellt. Nachdem die Entscheidung des Haupttarifamts Nr. 35 vom 21. Januar 1914 ergangen war, wonach die Betonlöhne in allen Tarifverträgen gleich mit geregelt werden sollten, auch wo „kurzeit Betonarbeiten

nicht ausgeführt werden", wurde unsere Forderung auch in andern Tarifgebieten gestellt.

Bei der Durchsicht dieser Forderung hatten wir es mit mancherlei schwierigen Widerständen zu tun. Die gute Absicht unserer dritten außerordentlichen Generalversammlung, bei der tariflichen Regelung des Betongewerbes mit dem Bauarbeiterverbande solidarisch vorzugehen, hat bekanntlich keinen Erfolg gehabt, worüber wir wohl auf unserer nächsten Generalversammlung unterrichtet werden dürften, wie beschlossen worden ist. Bei den zentralen Verhandlungen zur tariflichen Regelung des Betongewerbes am 26. und 27. Mai 1913 und auch später sind ja die widrigen Verhältnisse in trauriger Erscheinung getreten. Nichtsdestoweniger ist hier die Vereinbarung zustande gekommen, daß grundsätzlich die Einschaltungsarbeiten durch Zimmerer und Hilfsarbeiter zu deren Löhnen gemacht werden und daß neue Gruppen von Einschaltern nicht geschaffen werden sollen. Anerkannt wurden die Einschaltgruppen nur in Köln, Düsseldorf und Hamburg. Ebenso wurden die Arbeitsverrichtungen bezeichnet, welche von Hilfsarbeitern ausgeführt werden können. Diese zentralen Direktiven hätten bei allseitigem guten Willen hingereicht, die örtlichen Regelungen rasch durchzuführen. Leider fehlte der gute Wille. In Schleswig-Holstein hatten wir von seiten der Vertreter des Bauarbeiterverbandes nur ausnahmsweise Unterstützung und im Unterweser-Ems-Gebiet und besonders in Hamburg haben die Vertreter des Bauarbeiterverbandes unsere Forderung bei fast allen Verhandlungen mit den Arbeitgebern offen bekämpft.

Zu einer Entscheidung kam die Angelegenheit in Kiel. Dort wurde der Vorsitzende der alten zweiten Instanz, Stadtrat Freyfe, von beiden Parteien gemeinsam beauftragt, über unsere Forderung einen Schiedsspruch zu fällen. (Dieser ist abgedruckt im "Zimmerer", Jahrgang 1914, Seite 93.) Stadtrat Freyfe erarbeitete in dankenswerter Weise die zentralen Verhandlungsprotokolle vom 26. und 27. Mai 1913 durch und fällt den Schiedsspruch, daß der tarifvertragliche Zimmererlohn für alle Einschaltungsarbeiten zu zahlen sei. Der Arbeitgeberbund legte beim Haupttarifamt dagegen Berufung ein. Hier bekam durch Vereinbarung die Formel eine redaktionelle Veränderung. Die Berufung des Arbeitgeberbundes hatte keinen Erfolg. (Entscheidung des Haupttarifamtes Nr. 110.) Dagegen legte der Arbeitgeberbund nochmals Berufung ein, die abgewiesen wurde (Entscheidung 166). Die vom Zentralschiedsgericht getroffene Vereinbarung mußte als eine grundsätzliche, den ganzen Haupttarifvertrag umfassende aufgefaßt werden, und so war sie auch zweifellos gemeint. Ein Antrag des Arbeitgeberbundes auf grundsätzliche Entscheidung der Angelegenheit bewirkte jedoch, daß die Unparteilichen durch Entscheidung 162 das vereinbarte Tarifrecht wieder umwarfen. Auf Grund eines energischen Protestes unseres Verbandsvertreters kam dann die Entscheidung 164 heraus, die bestimmt: "Zu Einschaltungsarbeiten dürfen nur gelernte Arbeiter (Zimmerer, Maurer und Zementfacharbeiter) zu deren vertragsmäßigen Löhnen beschäftigt werden." Für Schleswig-Holstein tagte dann eine vom Haupttarifamt eingesetzte zweite Instanz, welche über die Differenzen in einer Anzahl Orte zu entscheiden hatte. Diese entschied am 14. Dezember 1914, daß die nachstehende Bestimmung in die örtlichen Tarifverträge aufzunehmen ist.

Zu Einschaltungsarbeiten dürfen nur gelernte Arbeiter (Zimmerer, Maurer und Zementfacharbeiter) zu deren vertragsmäßigen Löhnen beschäftigt werden.

In Beton- und Eisenbetonbetrieben ist es zulässig, das Zu- und Abtragen von Holz, Brettern, Eisen und sonstigen Materialien, das Entlagern von Brettern, Hilfeleistungen beim Einschalen, das Ausschalen (unter angemessener Mitwirkung von Facharbeitern), das Aufstellen einfacher Planen, transportabler Baubuden und ähnliche Arbeiten von andern Arbeitern zu deren Lohnsatz bewirken zu lassen.

Man wird nunmehr der Hoffnung leben dürfen, daß damit die Angelegenheit allgemein erledigt ist und daß diese Bestimmung in allen noch nicht abgeschlossenen Tarifverträgen Aufnahme findet, wo diesbezügliche Differenzen bestehen. Für Schleswig-Holstein ist das zwischen den Parteien vereinbart.

Es waren, wie schon angedeutet, recht hartnäckige Widerstände zu überwinden, um zu diesem Resultat zu kommen. Wesentlich verschärft traten diese Widerstände aber deshalb auf, weil es immer den Anschein hatte, als versuchten wir im Gau 10 ganz allein, die Beschlüsse unserer 20. Generalversammlung und 3. außerordentlichen Generalversammlung durchzuführen, als habe man in den übrigen Verbandsgebieten Deutschlands diese Forderungen einfach fallen lassen, sich gar nicht darum gekümmert. Schwierigkeiten sind uns leider auch von einer Seite gemacht worden, von der wir es nicht erwarten konnten. Um so mehr freut uns der Erfolg im Kampfe um das Tarifrecht.

Daß die Verträge in Schleswig-Holstein bald ihre Erledigung finden, erscheint leider trotzdem ausgeschlossen, da die Voraussetzungen, eine gute Organisation bei den Arbeitgebern, vollkommen fehlt. Gerade deshalb aber betonen diese Arbeitgeber die Zentralisierung der Tarifverträge, um auf diese Weise den Stand ihrer Organisationen zu verdecken. Es genügt ihnen, wenn durch den zentralen Vertrag die Organisation der Arbeiter gebunden ist.

Soweit die Verträge für das Unterweser-Ems-Gebiet in Frage kommen, haben sie dem Unterzeichneten mit wenigen Ausnahmen zur Begutachtung vorgelegen. Es ist den Arbeitgebern mitgeteilt, daß an eine Unterschreibung der Verträge so lange nicht gedacht werden kann, bis darin eine Fassung Aufnahme gefunden hätte, die einen einheitlichen Lohn für Einschaltungsarbeiten sichert. Eine Antwort ist bis heute nicht erfolgt. Für Varel, Vegesack und Brinkum sind unsere Wünsche erfüllt und die Verträge unterschrieben. Der Vertrag von Oldenburg wird nur unterschrieben, wenn ihm bezüglich der Zulässigkeit der Affordarbeit für Zimmerer ein Protest angehängt wird. Es ist den Zimmerern nur in zwei Fällen für insgesamt 64,05 qm Parkettfußbodenverlegung nachgewiesen und deshalb soll die Zulässigkeit der Affordarbeit für Zimmerer erklärt werden. Für Emden mußte die Vertragsunterschrift abgelehnt werden, weil die Unternehmer sich weigerten, in den Vertrag die Bestimmung aufzunehmen, daß das Kammpfähleinschlagen Zimmerarbeit sei. Am 13. August 1913 haben die Arbeitgeber dem Zimmererverband dies schriftlich bestätigt.

Die Tätigkeit im Gau wird durch folgende Zahlen beleuchtet: Es fanden statt 7 Gauvorstandssitzungen. Für Agitation in Zahlstellen waren notwendig 13 Sitzungen, 56 Kassenrevisionen, 116 Versammlungen und 25 andere Veranstaltungen. In unorganisierten Orten fanden statt 4 Versammlungen, 69 Hausagitationen. Die Lohnbewegungen in den Zahlstellen erforderten 23 Sitzungen, 17 Versammlungen, 42 Verhandlungen, 2 Streikkontrollen. Insgesamt waren demnach 367 Veranstaltungen notwendig, wovon 234 von dem Gauleiter und 133 von andern Kameraden ausgeführt wurden. Postausgänge waren 4092, Posteingänge 2681. Wir schließen den Bericht in der Hoffnung auf einen baldigen Friedensschluß und gedenken in Ehren der zahlreichen Opfer des Krieges aus den Zahlstellen des Gaus. Der Gauvorstand hat den Tod eines eifrigen Mitgliedes, des Kameraden S. Meyer, zu beklagen, der auf dem westlichen Kriegsschauplatz gefallen ist. **Albert Holtz.**

Berichte aus den Zahlstellen.

Bauzen. Am 31. Januar tagte unsere Generalversammlung. Zunächst wurden die auf den Schlachtfeldern gefallenen Kameraden durch Erheben von den Sätzen geehrt. Kamerad Köhler aus Dresden sprach dann über die Wirkungen des Krieges auf unser Wirtschaftsleben und erörterte eingehend die Unterstützungseinrichtungen unseres Verbandes während des Krieges und daß mehrere Zahlstellen ungerechtfertigterweise dagegen protestiert haben. Er besprach das Arbeitsverhältnis und die Lebensmittelversorgung und verteidigte das Verhalten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, betreffend die Bewilligung der Kriegskredite und ihr sonstiges Verhalten. Das Verhalten der Arbeiterführer in den feindlichen Staaten unterzog er einer Kritik. Zum Schluß richtete Redner einen Appell an die Anwesenden, treu zu unserer Sache zu halten, da auch nach dem Kriege große Anforderungen an uns gestellt würden. Darauf wurde der Jahres- und Kassenbericht erstattet. Kamerad Schwarz wurde einstimmig entlastet. Eine allgemeine Neuwahl erfolgte nicht, nur wurde für den zum Kriegsdienst eingezogenen Vorsitzenden für die Dauer des Krieges Kamerad Milke gewählt. Kamerad Köhler gab noch Auskunft über Rentenansprüche Kriegsgefallener und verstümmelter. Unsere Versammlungen waren im Vorjahre schlecht und unsere erste diesjährige Versammlung war sehr schlecht, nämlich von 16 Kameraden besucht. Das ist eine Laune unserer Mitglieder sondergleichen. Wenn man sich die Besucher ansieht, so sind es immer die auswärtig wohnenden, die erscheinen, die Baugener Kameraden fehlen. Kameraden, streift eure alte Trägheit ab, zeigt eure Kameraden, die im Felde stehen, daß ihr gewillt seid, die Organisation gut imstande zu erhalten.

(Jahresbericht.) Im verflossenen Jahre haben sieben Mitgliederversammlungen stattgefunden, darunter eine Generalversammlung. Alle Versammlungen waren insgesamt von 223 Mitgliedern besucht. Erledigt wurden in allen geschäftliche Angelegenheiten. Referate haben zwei stattgefunden, eins durch den Gauleiter über den Stand der Organisation nach der Erhebung im September 1913, ferner ein Referat am 11. Mai durch den Kameraden Bringmann-Hamburg über die beruflich-wirtschaftliche Lage der Zimmerer Deutschlands und wie sie zu verbessern ist. Ein noch in einer andern Versammlung angelegtes Referat mußte wegen allzu schlechten Besuches ausfallen. Ferner haben stattgefunden sieben Vorstandssitzungen. Zu einer Bezirkskonferenz in Georgswalde waren drei Kameraden delegiert. Am 29. März wurde über die Schwierigkeiten eines Vertragsabschlusses im Oberlausitzer Bezirk verhandelt. Am 15. März wurde eine Hausagitation abgehalten, die uns sieben neue Mitglieder brachte. Differenzen haben bei einigen Unternehmern stattgefunden wegen Nichtzahlung des Landgeldes, die jedoch ohne Arbeits Einstellung beigelegt wurden. Weiter haben noch einige Sitzungen mit den Unternehmern stattgefunden betreffs Abschlußes unseres Vertrages, wobei jedoch eine Einigung wegen des § 5, Affordarbeit, nicht erzielt wurde. Im Laufe der Kriegszeit hat sich eine Kriegsarbeitgemeinschaft von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gebildet, die etwa vorkommender Arbeitslosigkeit entgegenzutreten soll. Die Bau-tätigkeit imverlorenen Jahre war eine mäßige, weshalb ein großer Zuzug nicht erfolgte. Die Mitgliederbewegung gestaltete sich wie folgt: Bestand am vierten Quartal 1913 213 Mitglieder, abgereist 4, im Felde gefallen 4, zum Militär eingezogen 55, gestrichen 7, mithin am Schluß des Jahres 1914 115 Mitglieder.

Voitzburg. (Jahresbericht.) Im Anfang des Jahres 1914 war die Arbeit in der Zimmerei sehr knapp, die meisten Kameraden mußten sich anderweitige oder Gelegenheitsarbeit verschaffen. Einige fanden auf der hiesigen Schiffswerft Unterkunft, andere in dem Forst. Im März wurde die Bautätigkeit etwas lebhafter. In den Monaten Mai und Juni konnten schon fremde Kameraden Beschäftigung finden. Im Monat Juli wurde aber die Zimmerarbeit schon wieder so knapp, daß schon hiesige Kameraden ihren Laufpaß bekamen. Als dann am 2. August die Mobilmachung eintrat, wurden fast alle Kameraden auf die Straße gesetzt. Eine Ausnahme machte der Unternehmer Ziegert, indem er einige von seinen Gesellen in Arbeit behielt. Arbeitslos waren 17 Kameraden, die unterstützt werden mußten. Im August und September hielt die Arbeitslosigkeit an, im Oktober fing sie an, wieder abzunehmen. Am 1. November konnten wir schon die Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung aufheben, weil in den Nachbarorten genügend Arbeit an den Barackenbauten vorhanden war. Eingezogen wurden bis zum 31. Dezember 12 Kameraden, davon 8 verheiratete. Auch der erste Vorsitzende und der erste Kassierer mußten gleich mit eintreten, so daß der zweite Vorsitzende die Gesamtverwaltung übernehmen mußte. Die Kasse blieb jedoch in den Händen der Frau des alten Kassierers. Beschlossen wurde noch in einer Versammlung, die am Montag, 3. August, mit schwacher Beteiligung stattfand, für Familien, deren Männer eingezogen werden, einen Zuschuß aus der Lokalkasse von der zweiten Woche ab pro Woche von M. 3 zu bewilligen, jedoch dürfe die Summe M. 200 nicht übersteigen. Es haben im Laufe des Jahres

10 ordentliche und 2 Extraverfammlungen stattgefunden, von denen in zweien unser Gauleiter, Kamerad Erdmann, und in einer der zweite Vorsitzende des Zentralverbandes, Kamerad Ede, anwesend waren. Der Versammlungsbesuch und das Generalschaftsinteresse der Mitglieder ließen viel zu wünschen übrig, die Schuld liegt mit daran, daß die Hälfte der Kameraden unserer Zahlstelle weit ab von der Stadt wohnen. Unsere Zahlstelle zählt jetzt noch 33 Mitglieder. Aufgebracht wurden im letzten Jahre an Zentralwochenbeiträgen M. 1040,60. Die Ausgabe betrug dagegen erstens an Arbeitslosenunterstützung M. 1229,90, zweitens an Reiseunterstützung M. 29,50, drittens an Familienunterstützung M. 56, zusammen M. 1315,40. Somit ist die Ausgabe um M. 274,80 höher als die Einnahme für die Zentralkasse. Der Lokalfassenbestand betrug im ersten Quartal des Berichtsjahres M. 282,04. Eingenommen wurden an Lokalfassbeiträgen M. 410,50. Summa M. 692,54. Die Ausgabe belief sich auf M. 492,54, so daß wir am Schluß des vierten Quartals einen Lokalfassenbestand von M. 200 hatten. Erwähnen möchten wir hier noch, daß wir von unsern im Felde stehenden Kameraden bis jetzt einen verloren haben. Es ist der Kamerad Carl Wunderwald; er stand im zweiten aktiven Dienstjahr und ist am 16. August bei Lütlich gefallen. Wir wünschen nur, daß der Krieg nicht mehr Opfer aus den Reihen unserer Kameraden fordert.

Bunzlau. Die hiesige Verwaltungsstelle der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer hielt am 6. Februar ihre Mitgliederversammlung ab. Zunächst wurde an Stelle des einberufenen Vorsitzenden ein neuer gewählt und zugleich ein Revisor. Darauf trug der Kassierer die Abrechnung vom vierten Quartal und die Jahresabrechnung für 1914 vor. Aus letzterer war ersichtlich, daß Klasse A (Erfasskasse) einen Zuschuß brauchte von M. 546,06; dagegen erzielte Klasse B (Zuschußkasse) einen Ueberschuß von M. 322,66. Der Wunsch der Mitglieder (Klasse B) ging dahin, nur die Zuschußkasse weiterzuführen und für die nächste Generalversammlung die Delegierten zu beauftragen, für die Beseitigung der Klasse A (Erfasskasse) einzutreten.

Elbing. Am 24. Februar fand im "Neuen Volkshaus", Junferstraße 19, eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Anwesend waren 21 Kameraden. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken der auf dem Schlachtfelde gefallenen Kameraden Preuß und Schulz in üblicher Weise gelehrt. Der erste Punkt der Tagesordnung betraf Erfasswahl beziehungsweise Neuwahl von Vorstandsmitgliedern. Hierbei wurde auch ein Brief des im Felde stehenden ersten Vorsitzenden unserer Zahlstelle vorgelesen, worin er den Wunsch ausdrückt, daß alle noch anwesenden Kameraden energisch für die Organisation tätig sein mögen, damit die Zahlstelle auf der Höhe bleibe. Die Amtsniederlegung des zweiten Vorsitzenden veranlaßte den Kameraden Finzel zu einigen treffenden Ausführungen, die bewirkten, daß ersterer seine Funktion weiter versieht. Von der Wahl eines zweiten Schriftführers wurde ebenfalls abgesehen, da der erste Schriftführer noch am Orte ist. Es wurden demnach nur zwei neue Revisoren gewählt und bestimmt, daß nach Beendigung des Krieges noch ein dritter hinzugewählt werden soll aus dem Landbezirke. Der Kassierer sprach sodann über den Wochenbeitrag für 1915, wobei er zugleich den Antrag stellte, die Arbeitslosenmarken nicht zu fleben, sondern den vollen Beitrag, wie in Friedenszeiten, zu entrichten. Er begründete den Antrag damit, daß nur wenige Kameraden in Betracht kämen und das Lokalgeld von 20 % doch entrichtet werden müsse. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Der Vorsitzende stellte dann sämtliche Plätze fest, wo Zimmerarbeiten verrichtet werden und ermahnte die Kameraden, auf strengste Befolgung des Tarifvertrages bedacht zu sein. Weiter beauftragte er die Kameraden, auf sämtlichen Plätzen Delegierte zu wählen und über das Ergebnis dem Vorstände zu berichten, damit zum Frühjahr die Agitationsarbeit aufgenommen werden könne. Unter "Verbandsangelegenheiten" wurde beantragt, den Frauen der im Felde stehenden Kameraden eine Unterstützung aus lokalen Mitteln zu bewilligen. Der Antrag fand lebhaften Wiederhall, doch wurde die Höhe der Unterstützung noch nicht festgesetzt, da der Kassierer erst die erforderlichen Zusammenstellungen machen soll. Mit dieser Angelegenheit wird sich die nächste Versammlung befassen. Ein Antrag, die angeregte Unterstützung noch aus besonderen Beiträgen wirksamer zu gestalten, fand ebenfalls Zustimmung und wurde beschlossen, daß jedes Mitglied der Zahlstelle Elbing für diesen Zweck bis zum 31. März dieses Jahres zwei Extramarken à 50 % zu fleben hat. Beschlossen wurde ferner, die regelmäßige Mitgliederversammlung ausfallen zu lassen und dafür am 31. März eine außerordentliche Mitgliederversammlung abzuhalten. Damit war die Tagesordnung erschöpft.

Glogau. Am 17. Februar tagte unsere Hauptversammlung; sie war leider nur schwach besucht trotz der schriftlichen Einladung aller Mitglieder. Anwesend waren nur 14 Kameraden. Das zeugt von einer großen Interesslosigkeit. Zunächst fand die Rechnungslegung vom vierten Quartal 1914 statt. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Der Jahresbericht für 1914 wurde vom Kassierer bekanntgegeben. Unter "Verbandsangelegenheiten" wurde vom Kameraden Grandke nochmals auf die Unterstützungssätze bei Arbeitslosigkeit hingewiesen. Es gingen zwei Anträge ein, den Arbeitslosen aus Lokalmitteln einen Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung zu gewähren. Nach längerer Debatte wurden bei 60 Wochenbeiträgen 20 %, steigend um 5 % bis zu 40 % bei 228 Wochenbeiträgen, einstimmig bewilligt. In Anbetracht der Kriegslage wurde von einer Neuwahl des Gesamtvorstandes Abstand genommen. Als Ersatz für den ersten und den zweiten Vorsitzenden, die im Felde stehen, meldete sich Kamerad Herrn. Lange freiwillig als Vorsitzender. Auch wurde aufgefordert, dafür zu sorgen, daß die Winterbeiträge pünktliche Erledigung finden. Der Kartellbericht wurde von Grandke erstattet. Die Bezirkskartellkonferenz wurde mit zwei Delegierten besichtigt. Die Bezirkskasse hatte eine Einnahme einschließlich Bestand von M. 3947,33, Ausgabe M. 3735,75, Bestand am 1. Januar 1915 M. 211,58. Der Gewerkschaftshausbaufonds am Orte beträgt M. 7911,33. Nach Erledigung verschiedener Fragen erfolgte Schluß der Versammlung.

(Jahresbericht.) Das Jahr 1914 war im Anfang sehr ruhig; besonders schwer lieferte die Krise im Berichtsjahre auf unserm Baugewerbe. Die Arbeitslosigkeit

war im ganzen eine geringe. Im ersten Quartal waren noch viele Kameraden arbeitslos. Privatbauten wurden sehr wenig ausgeführt. Mitte Sommer wurde die Bautätigkeit etwas besser. Im Anfang der Mobilmachung ruhte die Arbeit fast vollständig. Langsam belebte sich der Baumarkt wieder und gestaltete sich während der Kriegszeit günstiger für uns, da eine Anzahl Bauten für Kriegszwecke hergestellt wurden. Zum Kriegsdienst sind bis Jahreschluss 1914 eingezogen worden 55 Mitglieder; davon ist einer wieder zurückgekommen. Für die Familien der im Felde stehenden Mitglieder wurde aus Lokalmitteln bis zum Jahreschluss dreimal eine Unterstützung gewährt in Gesamthöhe von M 166, vom Hauptvorstand in der Höhe von M 245. Leider mussten drei Kameraden ihr Leben auf dem Schlachtfeld lassen, und zwar Otto Greh, zweiter Schriftführer, Hl.-Gräbik, Franz Wanzel, Klauisch, und Richard Senfleben, Kuitlau (aktiv). Zur Erleichterung der Geschäfte haben zehn Versammlungen, eine Vorstandssitzung und eine Kommissionssitzung mit den Arbeitgebern stattgefunden. Der Tarif hat seine Erleichterung immer noch nicht gefunden, trotzdem doch zirka zwei Jahre verfloßen sind. Referate wurden in zwei Versammlungen gehalten; in einer sprach Kamerad Goldschmidt-Breslau über das Thema: „Hat der Staat die Verpflichtung, bei unverschuldeten Arbeitslosigkeit für Arbeit oder Unterhalt zu sorgen?“ Das andere Referat hatte Kamerad Schumann-Hamburg übernommen; er sprach über die soziale Lage der Zimmerer Deutschlands. Der durchschnittliche Versammlungsbesuch betrug 22; er hätte besser sein können. Einige Kameraden hielten es nicht für ihre Pflicht, das Jahr über einmal in der Versammlung zu erscheinen, was im Interesse der Organisation sehr zu bedauern ist. Eingeführt wurde im Berichtsjahre die Lokalkassenunterstützung auf die Dauer von sechs Wochen bei einjähriger Mitgliedschaft im Verbands. Die Unterstützung beträgt 20 bis 50 S pro Tag bei sechs Versammlungsbesuchen. Der Mitgliederbestand betrug 1913 78, eingetretene sind 29, zugereist 22, gestrichen 9, gestorben 1, abgereist 71, ausgetreten 2. Die Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse 1914 betragen M 2445,40. Die Einnahmen der Lokalkasse beliefen sich auf M 646,68, Verlust von 1913 M 1045,93, zusammen M 1692,61. Die Ausgabe der Lokalkasse betrug M 474,88, demnach ein Lokalkassenbestand von M 1217,73, der zinsbringend im Konsumverein angelegt ist. Der Umsatz von Wochenbeitragsmarken betrug 2522 Stück, der Lokalsatz in der beitragsfreien Zeit 582 Stück. Arbeitslosenunterstützung wurde 1914 an 29 Kameraden M 799 und Reisefürsorge an 3 Kameraden M 325 gezahlt. An Lokalsatzschlag zur Arbeitslosenunterstützung wurden 1914 M 102,45 gezahlt; davon entfallen auf Arbeitslosenmarken M 17,20, zur Arbeitslosenunterstützung M 85,25. Als Kartellbeitrag wurden M 32,37 abgeliefert. Unsere Mitgliederzahl könnte im Zahlstellengebiet eine größere sein, wenn sich alle Kameraden überall tatkräftig für die Gewinnung neuer Mitglieder betätigten. Hoffen wir, daß es in Zukunft geschieht, damit unsere Kameraden aus dem Feldzuge wieder zurückkehren, sie ihre Organisation noch geschlossen vorfinden. Darum auf, Kameraden, agitiert für den Zentralverband der Zimmerer Deutschlands.

Rüdigshütte. (Jahresbericht.) Die Bautätigkeit war im vorigen Jahre schwach, so daß die meisten Kameraden in der Umgebung beschäftigt wurden. Der Lohn stieg dem Tarif entsprechend von 51 auf 53 S. Leider konnte er nicht überall durchgedrückt werden. Zu Anfang des Krieges stochte die Bautätigkeit stark, so daß viele Kameraden den Ort verließen und so wieder dem Verbands verloren gingen. Erst nach einigen Wochen des Schreckens wurden die angefangenen Bauten wieder weitergebaut. Große Läden riß der Krieg in unsere Reihen, der ganze Zahlstellenvorstand bis auf den Vorsitzenden, der die Kaffengeschäfte weiterführte, wurde eingezogen. Dadurch erlahmte auch die Agitation, die uns vorher von 40 Mitgliedern auf 60 am Schlusse des zweiten Quartals brachte. Versammlungen fanden acht statt und vier Vorstandssitzungen. In den meisten Versammlungen wurden vom Gauleiter Vorträge gehalten. Der Besuch war schwach. Die Einnahmen der Zentralkasse betragen M 608,30, an Arbeitslosenunterstützung wurde bezahlt M 105,50, an die Familien der zum Heer eingezogenen M 28, für verbranntes Handwerkszeug an einen Kameraden M 12. Die Lokalkasseneinnahme betrug einschließlich Bestand M 260,45, Ausgabe M 284,30; mithin ein Defizit von M 23,85. Wie schon oben angeführt, wurde unsere Mitgliederzahl durch den Krieg stark verringert, aber noch mehr durch die Launeit unserer Kameraden, indem ein großer Teil dem Verbands fernblieb. Kameraden, versucht jetzt im Frühjahr wieder, überall neue Mitglieder zu werben, um die entstandenen Lücken auszufüllen und auch den Unternehmern gegenüber gewappnet zu sein.

Riegeln. Eine von 16 Mitgliedern besuchte Versammlung fand am 17. Februar im Gewerkschaftshaus statt. Zunächst gab Kamerad Michael den Kartellbericht bekannt. Daraus war zu entnehmen, daß uns der Lichtbildapparat nach dem Kriege gute Dienste leisten wird. Als Gesellschafter des Gewerkschaftshauses ist Genosse Ulber eingetragen. Die Konzession ruht auf dem Genossen Brenzel. Alsdann wurde die Wahl eines zweiten Vorsitzenden vorgenommen. Zum Punkt „Verschiedenes“ gab der Vorsitzende einige Erläuterungen über den Bezug der Arbeitslosenunterstützung. Da der Kartellbelegierte schon mehrere Male nicht zur Sitzung sowie zur Versammlung erschienen ist, so soll bei ihm nachgefragt werden, ob er gewillt ist, seinen Posten weiter zu behalten. Nachdem der Vorsitzende noch den Wunsch ausgesprochen hatte, daß die nächste Versammlung besser besucht sein möge, trat Schluß ein.

Subitzhausen. Am 25. Januar tagte im Lokal von Beuch unsere ordentliche Generalversammlung. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken unserer sechs Kameraden, die ihr Leben auf dem Schlachtfeld lassen mußten, in üblicher Weise geehrt. Hierauf wurde der Jahresbericht des Vorsitzenden sowie des Kassierers und der Revisoren entgegengenommen. Eine Diskussion fand nicht statt. Zur Neuwahl des Vorstandes wurde von sämtlichen anwesenden Kameraden der Wunsch ausgesprochen, der alte Vorstand möchte die Geschäfte weiterführen bis zu Ende des Krieges oder, sollte dieser im laufenden Geschäftsjahr nicht erledigt sein, bis zur nächsten Neuwahl. Dem wurde entsprochen und von einer Wahl Abstand genommen. Es wurde angeregt, den Vorstandsmitgliedern eine Vergütung zukommen zu lassen, was

nach kurzer Aussprache genehmigt wurde. Ein Betrag von M 100 wurde für diesen Zweck dem Vorstand überwiesen. — (Jahresbericht.) Das Geschäftsjahr 1914 war zu Anfang des ersten Quartals für unsere Zahlstelle gut zu nennen; denn alle Anzeigen sprachen für eine gute Bautätigkeit. Die Mitgliederzahl stieg infolgedessen und erreichte anfangs April ihren bisher höchsten Stand. Leider konnten wir nicht in Frieden leben, wie wir es wünschten, denn am 1. April sollte nach den Schiedsprüchen der Unparteiischen eine Lohnerhöhung von 1 S pro Stunde eintreten; sie wurde aber von keinem Unternehmer bezahlt. Da alle gütlichen Maßnahmen fehlschlagen, beschlossen die Kameraden am 27. April, in den Streik zu treten, an dem sich 185 Kameraden beteiligten. Da es aber mit Hilfe der Gelben und den unter großen Anstrengungen herbeigezogenen Streikbrechern gelang, die nötigste Arbeit zu verrichten, mußte der Streik nach zwölf Wochen abgebrochen werden. Wenn er auch nicht ganz zu unserm Vorteil verlaufen ist, so ist doch die große Mehrzahl unserer Kameraden zu unserer Forderung von 71 S pro Stunde in Arbeit. Als dann am 4. August der Krieg über Deutschland hereinbrach, wurde auch in unsere Reihen eine Lücke gerissen, und zwar mußten schon in der ersten Woche 58 Kameraden zum Militär eintreten. Ein anderer Teil mußte abreisen, da die Arbeit im Anfang ziemlich zurückging. Sie wurde aber im vierten Quartal wieder besser und bis Jahreschluss hatten wir noch keine Arbeitslosen zu verzeichnen. Auch die Kassenverhältnisse sind nicht ungunstig. Die Einnahme betrug M 4660,24, die Ausgabe M 3780,77. Mögen die Kameraden auch während des Krieges ihre Pflichten erfüllen und fleißig für den Verband arbeiten, damit die im Felde stehenden Kameraden bei ihrer Rückkehr uns einig und geschlossen finden.

Stuttgart. Die am 7. Februar im Gewerkschaftshaus abgehaltene jährliche Generalversammlung, die sich mit der vierten Quartals- und der Jahresabrechnung sowie mit der Wahl des Gesamtvorstandes befahte, war sehr gut besucht. Kamerad Hefenauer, der an Stelle des im Felde stehenden Kameraden Oswald auf dem Zahlstellenbureau tätig ist, gab die Abrechnungen bekannt; sie waren vervielfältigt an jedes Mitglied abgegeben. Nach verschiedenen Anfragen und Erläuterungen wurde dem Kassierer respektive dem Gesamtvorstand Entlastung erteilt. Zum Punkt „Neuwahlen“ erklärten sich sämtliche alten Vorstandsmitglieder bereit, ihre Ämter weiterzuführen, was von der Versammlung begrüßt wurde und von einem harmonischen Zusammenarbeiten zeugt. Da Kamerad Hefenauer, der seither Vorsitzender war, zum Kassierer bestimmt wurde, war es notwendig, aus den Reihen der Vorstandsmitglieder einen Vorsitzenden zu bestimmen. Die Wahl fiel einstimmig auf das langjährige Vorstandsmitglied Mangold. Da die Bureauarbeiten bei dem gegenwärtigen Mitgliederstande nicht mehr so umfangreich sind wie vor dem Kriege, wurde dem Kassierer die Pflicht auferlegt, in den Bezirken, wo es die Aufrechterhaltung der pünktlichen Beitragsleistung verlangt, die Einkassierung der Beiträge selbst vorzunehmen. Um allen unsern 409 im Felde stehenden Mitgliedern eine Liebesgabe zukommen zu lassen, wurde ein dementsprechender Antrag des Kameraden Leuger einstimmig angenommen, und zwar auf Ausgabe von Sammelbüchern. Ein von dem Kameraden Kircher gestellter Antrag, das Personal im Gewerkschaftshaus bezüglich der Weihnachtsgeschenke so zu behandeln wie in früheren Jahren, fand ebenfalls Annahme. Mit einer Mahnung des Vorsitzenden an die Kameraden, auch fernerhin die Versammlungen ebenso zahlreich zu besuchen, wurde die gut verlaufene Generalversammlung geschlossen.

Weimar. Am 30. Januar fand im Volkshaus unsere Generalversammlung statt. Sie wurde aus Mangel an einem Vorsitzenden — der bisherige Vorsitzende hat sich noch im Alter von 50 Jahren im Oktober als Kriegsfreiwilliger gestellt und sein Stellvertreter wurde Mitt Januar als Ersatzreserve eingezogen — vom Schriftführer eröffnet. Unter „Mitteilungen“ nahm die Versammlung Kenntnis von den im „Zimmerer“ erschienenen Bekanntmachungen des Zentralvorstandes, die Feststellungen des Mitgliederbestandes betreffend. Dann verlas der Kassierer die Abrechnung vom vierten Quartal. Der Bestand der Lokalkasse betrug am Ende des dritten Quartals M 968,45, die Einnahme M 145,45, die Ausgabe M 597,37, der Bestand am Ende des vierten Quartals M 517,53. Die Mitgliederbewegung war folgende: Bestand am Ende des dritten Quartals 66, eingetretene 4, zusammen 70; abgereist 13. Bestand am Ende des vierten Quartals 57. Die Abrechnung wurde anerkannt und auf Antrag der Revisoren dem Kassierer Entlastung erteilt. Anschließend gab letzterer noch den Jahresstellenbericht. Daraus erlah die Versammlung unter anderem, daß die Lokalkasse am Schlusse des Jahres 1914 finanziell schlecht abgechnitten hat. Betrag des Vermögens der Lokalkasse am Ende des Jahres 1913 M 1023,16, so hat es sich im Laufe des verfloßenen Jahres nicht vermehrt, sondern vermindert, und zwar durch Ausgaben, welche die Zahlstelle im Jahre 1913 nicht hatte. Die größte Ausgabe hat die Familienunterstützung der Kriegsbeteiligten verursacht, nämlich M 521,50. Das Vermögen der Zahlstelle betrug am Jahreschlusse nur noch M 517,53. Eine Diskussion wurde nicht beliebt; die Versammlung fand sich mit der Tatsache ab. Beim dritten Punkt, „Wahlen“, stieß man auf große Schwierigkeiten. Die meisten der anwesenden Kameraden schieden von vornherein wegen ihrer Militärpflicht aus. Mit knapper Not gelang es, die notwendigen Ämter zu besetzen. Die Höhe der Entschädigung für die einzelnen Posten blieb dieselbe. Unter „Verschiedenes“ wurde die Arbeitslosenfrage angeschnitten, und ging aus der sich darüber entwickelnden Diskussion folgender Antrag hervor: „Die heutige Versammlung hebt den Beschluß vom 17. Oktober 1914, betreffend die Unterstützung der Arbeitslosen, wegen Mangels an Mitteln auf.“ Der Antrag wurde gegen eine Stimme angenommen. Nachdem noch eine Reihe von drücklichen Angelegenheiten ihrer Regelung gefunden, erfolgte Schluß der von 17 Kameraden besuchten Versammlung.

— (Jahresbericht.) Der diesjährige Bericht steht, wie fast alles, unter dem Eindruck des Krieges. Die im vorigen Jahresbericht geäußerten Bedenken, die Baukonjunktur werde auch im Jahre 1914 unter normal bleiben, haben sich bewahrheitet. Es wurden für den Stadtbezirk genehmigt:

	1914	1913	(+ oder -)
Neue Wohnhäuser	54	38	+14
Neue Hinter- und Seitengebäude...	7	7	—
An-, Auf- und Ausbaue	21	16	+ 5
Laden-Neubauten	7	13	- 6
Laden-Umbauten	4	7	- 3
Balkons und Veranden	9	12	- 3
Großviehställe	3	6	- 3

Der Krieg war die Ursache, daß ein großer Bruchteil der bereits genehmigten Bauten gar nicht erst in Angriff genommen wurde. In einigen Baugeschäften wurden sämtliche Leute auf Knall und Fall entlassen. Wurden auch nach geraumer Zeit die schon angefangenen Bauten fertiggestellt, so wäre doch in Kürze eine große Arbeitslosigkeit innerhalb unseres Berufes ausgebrochen, wenn nicht die durch den Krieg hervorgerufenen Militärarbeiten auch in Weimar in großem Maßstabe in Auftrag gegeben worden wären. In der Regel erhalten derartige Arbeiten nur große Geschäfte. So war es auch hier. Die hiesige weltbekannte Firma Heber, die schon seit Jahren für Militär und Marine die verschiedensten Bauten, wie Kasernen, Exerzier- und Flughallen unter Benutzung ihres Patent-Binder-Systems herstellt, desgleichen für die Staatsbahnen Ueberdachungen von Bahnsteigen, Lokomotivschuppen ufm., macht, war Anfang September mit diesen Arbeiten so überhäuft, daß sie wegen Leutemangels gezwungen war, vorzüglich Barackenbauten an Zwischenunternehmer zu vergeben. Auch heute noch liegt bei dieser Firma Arbeit für einen größeren Zeitraum vor. Weiter ist mit Arbeit überhäuft die hiesige Waggonfabrik, in der eine ganze Anzahl Zimmerer beschäftigt wird. Der Bahnhof-Neu- und Umbau wird ebenfalls weitergeführt, desgleichen die Fertigstellung des großen Justizgebäudes sowie des Schlossanbaues. Der geplante Kirchenbau im Nordviertel der Stadt, neben dem Justizgebäude gelegen, soll ganz bestimmt noch im Laufe dieses Jahres in Angriff genommen werden. Wie in vielen Städten, so hat sich auch hier eine Arbeitsgemeinschaft gebildet; von ihrer Tätigkeit hat man aber bis heute weder etwas Positives gehört noch gesehen. Kein Wunder also, wenn sich außer andern Berufen auch Maurer und Bauhilfsarbeiter — vielleicht gesellen sich später auch noch Zimmerer hinzu — nach Ostpreußen für Militärarbeiten verbinden. Kurz nach der Mobilmachung wurde hier ein großes städtisches Gebäude, die Stadthalle, nachdem es bis zum Straßenniveau gediehen, stillgelegt. Hat auch die hiesige organisierte Arbeiterschaft an dem Gebäude selbst wenig Interesse — sie hat sich bereits ein eigenes Heim (Volkshaus) geschaffen —, so doch an der nun einmal von den Stadtverordneten und dem Bezirksdirektor beschlossenen Ausführung. Hier könnten viele Hände Brot verdienen; sie brauchen nicht nach Ostpreußen zu gehen. Hier wäre eine Aufgabe für die Kriegsarbeitsgemeinschaft, trotzdem der Bürgermeister gesagt hat, die Anleihe sei wohl genehmigt, doch sei es zurzeit unmöglich, sie bei billigem Zinsfuß unterzubringen. Was andere Städte tun, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, muß auch hier getan werden. Freilich ohne finanzielle Opfer geht das nicht ab. Die Arbeiterschaft will Arbeit und keine Geldunterstützung.

Die im April vorgesehene Lohnerhöhung wurde anstandslos gezahlt. Auf den Mitgliederbestand hat der Krieg seine Wirkung nicht verfehlt. Der Bestand war am Ende des vierten Quartals 1913 86, im ersten Quartal 1914 92, im zweiten Quartal 104, im dritten Quartal 86, im vierten Quartal 57. Zum Heer eingezogen waren bis 1. Januar 52, davon sind verheiratet 29, ledig 23. Ein Todesfall ist unter diesen noch nicht zu verzeichnen, und hoffen wir, daß dies auch nach Beendigung des Krieges von uns konstatiert werden kann. Die Arbeitslosigkeit betrug im Berichtsjahre insgesamt 307 Tage. Versammlungen haben stattgefunden 9, Vorstandssitzungen 10. Besucht waren die Versammlungen im Durchschnitt von 25 pZt. der Kameraden. Die Einnahmen und Ausgaben der Zentralkasse bilanzieren mit M 2060,60. In der Ausgabe befinden sich folgende Posten: für Arbeitslosenunterstützung M 338,75, für Reiseunterstützung M 48,25, für Streifunterstützung M 159,80, für Familienunterstützung M 282. Die Jahreseinnahmen und -ausgaben der Lokalkasse sind aus folgenden Zahlen ersichtlich: Einnahme M 1642,66, Ausgabe: M 1125,13. Die Familienunterstützung wurde an 26 Frauen ausgezahlt. Alle diejenigen Frauen, deren Ernährer noch eingezogen werden, erhalten ebenfalls eine Unterstützung für den Zeitraum von fünf Wochen, und zwar pro Woche M 1,50 und für jedes Kind 50 S. — Die Tarifforschungs-Kommission trat im Berichtsjahre nur einmal in Tätigkeit und das im Interesse der Junggefellenslöhne. Das Ergebnis war folgendes: Der betreffende Unternehmer wurde verurteilt, den tarifmäßigen Lohn zu zahlen und den zu wenig gezahlten Lohn nachzuzahlen. Auch im Berichtsjahre kamen öfter Mißstände auf Bauten vor. Bisher wurden sie der betreffenden Berufsgenossenschaft berichtet. Kam deren Vertreter zur Bestätigung, so war gewöhnlich nichts mehr zu beanstanden; alles war in der Zwischenzeit in Ordnung gebracht, kurz, die Beweise fehlten. Um diese zu schaffen, kam man auf den Gedanken, wichtige Mißstände zu photographieren und diese Aufnahmen der Berufsgenossenschaft zur Verfügung zu stellen. Die Wut einzelner Unternehmer über dieses Verfahren war unbeschreiblich, doch blieb der Erfolg nicht aus. Eine ganze Reihe solcher Aufnahmen sind mit Namensnennung im Volkshaus an sichtbarer Stelle ausgestellt. Hoffen wir, daß diese Methode dazu beiträgt, die Unfälle auf ein Mindestmaß zu beschränken. Böses Blut verursachte auch hier der Beschluß des Zentralvorstandes und des Ausschusses, die Vertikung der Arbeitslosenunterstützung und die Familienunterstützung betreffend. Das hat sich aber gelegt; die Hitze ist verfliegen, und heute denkt man über die getroffenen Maßnahmen ganz anders. Erfreulichweise kann konstatiert werden, daß hier nach Bekanntwerden der Mobilmachung keine einzige Stimme laut wurde, der Verband habe nun nach Eintreten des Weltkrieges keinen Zweck mehr. Infolge des Krieges mußte mit vielen Frauen in direkte Verbindung getreten werden. Hierbei sind sie auch über den Verbandsgedanken aufgeklärt worden, und denkt die Mehrzahl nach der erhaltenen Aufklärung über das Verhältnis ihrer Männer zum Verbands ganz anders als vor dem Kriege. Aber Pflicht ist es, diese Aufklärungen auch

fernerhin fortzuführen und neue Mitglieder zu werben, damit unser Verband nach Beendigung des Krieges gerüstet dasteht und dadurch den unausbleiblichen wirtschaftlichen Forderungen genügenden Nachdruck verleihen kann.

Sterbetafel

Breslau. Das Mitglied Paul Mische ist im Alter von 87 Jahren an Lungenleiden gestorben. Greiz. Am 11. Februar starb Bernhard Hedler im Alter von 42 Jahren.

Baugewerbliches.

Ueber die Lage des Baugeschäfts schreibt die Berliner „Vollzeitung“: Diese Lage habe sich mit dem Fortschreiten des Winters infolge ungünstiger Gestalt, als der Frost die Bautätigkeit mit Ausnahme von Arbeiten in Innenräumen von Häusern zeitweise vollständig unterbrochen hat.

Dadurch nahm das Baugewerbe, das im ersten Monat nach dem Kriegsbeginn sehr ernsthafte Befürchtungen für seine Zukunft hegte, während des Krieges bisher einen verhältnismäßig befriedigenden Verlauf, zumal da in einzelnen Teilen des Reiches die Militärbehörden größere Aufträge, so unter anderem für Barackenbauten in Gefangenlagern, erteilten.

Die ziemlich allgemeine Verteuerung der Baustoffe steht der Entwicklung eines regeren Baugeschäfts ebenfalls hemmend im Wege. Die überall beschlossene Preiserhöhung für Zement hat in den Kreisen der Baugewerbetreibenden denn auch lebhaften Widerspruch erfahren, und in Berlin hat sich die Gegenbewegung sogar zu einer Art Boykott des Berliner Zementhandlats verdichtet.

Auch auf dem Baucienmarkt hat sich eine Preisentwicklung nach oben bemerkbar gemacht, die mit Aufträgen für die Heeresverwaltung in Zusammenhang gebracht wird.

Als weniger fest haben sich die Preise am Ziegelmarkt erwiesen. Hier hat die schwache Tendenz, die schon in den letzten Monaten vor dem Kriegsausbruch bestand, nicht nur weiter angehalten, sondern hat sich eher noch verschärft.

Zur Beschaffung von Hypothekengeldern hat sich der Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände mit einer Eingabe an die 13 deutschen Baugewerks-Verbandsorganisationen gewandt, in der es heißt: „Schon lange vor dem Kriege hatte das deutsche Baugewerbe schwer unter ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen zu leiden, als deren hauptsächlichstes Moment die mehr und mehr zunehmende Abwendung des privaten Kapitals vom Bau- und Hypothekemarkt in die Erscheinung trat.“

aber weißt die jetzt herrschende Arbeitslosigkeit im Baugewerbe einen derartigen Umfang auf, daß nur mit den größten Bedenken und Befürchtungen dem kommenden Frühjahr entgegengegangen werden kann, wenn es bis dahin nicht gelingt, die private Bautätigkeit wieder zu beleben.

In Erkenntnis dieser Sachlage hat denn auch das Baugewerbe bereits die größten Anstrengungen gemacht, um eine Besserung des privaten Bauwesens schon jetzt während des Krieges herbeizuführen, und es ist erklärlich, wenn das Baugewerbe, deren Mitglieder auch Mitglieder der Baugewerks-Verbandsorganisationen sind, und deren Arbeiter ausschließlich versicherungspflichtig sind, in dieser ersten Zeit sich an die Berufsorganisationen wenden mit der Bitte, durch möglichst weites Entgegenkommen in der Anlage ihres Vermögens sowie ihrer Rücklagen mit zur Hebung der privaten Bautätigkeit beizutragen.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Dresden hatte der dortige Kreis-Ausschuß der Kriegsarbeitsgemeinschaft an die städtischen Kollegen eine Eingabe gerichtet. Der Rat der Stadt hat darauf festgestellt, daß beim Tiefbauamt für etwa M 317 000 Unternehmerarbeiten bereits bewilligt sind, ferner sind in Aufträgen in Höhe von rund M 3 800 000 in Vorbereitung.

Ueber das niedersächsische Baugewerbe wird geschrieben: Die Bautätigkeit, die infolge des Eingreifens von staatlichen und städtischen Behörden im bezüglichen Herbst eine nicht unerhebliche Belebung erhielt, hat wieder nachgelassen, und wie die Dinge nun einmal liegen, dürfte vor Beginn des Frühjahres kaum eine Besserung eintreten.

Wenn man berücksichtigt, daß die Lage des Baugewerbes auch schon vor Kriegsausbruch keine rosigere war, so ist dringend zu wünschen, daß die Bestrebungen der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen auf baldige Beschaffung von ausreichender Arbeitsgelegenheit Erfolg haben, auch im Hinblick darauf, daß von einer Belebung der Bautätigkeit auch diejenigen Gewerbe Segen erwarten dürfen, die mit dem Baugewerbe in enger Beziehung stehen.

Bericht der Bauarbeiterschuttkommission von Hamburg-Altona und Umgegend für das Jahr 1914. Der Weltkrieg, der plötzlich am 30. Juli entbrannte, hat auch eine wesentliche Störung in den Bestrebungen und der Befähigung der Bauarbeiterschuttkommission mit sich gebracht. Die seit Jahren herrschende Krise im Baugewerbe bedingt doppelt scharfe Ueberwachung der Bauten, als zu Zeiten guter Konjunktur nötig ist.

Die für das Hamburger Gebiet im Jahre 1910 erlassene Verordnung, betreffend den Schutz der bei Tiefbauten beschäftigten Arbeiter, wird von den in Frage kommenden Arbeitern noch sehr wenig beachtet. Es sind nur wenige Arbeiter, die darauf achten, daß die Bestimmungen dieser Verordnungen bei einzelnen Tiefbauten angewandt werden.

Table with 7 columns: Monat, Neubauten an Wohnhäusern, Geschäfte, Arbeiter, etc. and 7 rows of monthly data from Jan to Dec, plus a total row.

Ein Vergleich über die Fertigstellung der Neu-, An- und Umbauten im Berichtsjahre mit den Vorjahren ist aus nachstehender Tabelle ersichtlich. Es wurden insgesamt fertiggestellt:

Table with 7 columns: Jahr, Neubauten an Wohnhäusern, Geschäfte, Arbeiter, etc. and 11 rows of annual data from 1904 to 1914.

Die Kontrolle zur Beseitigung von Mißständen und zur Untersuchung gemeldeter und sonst bekanntgewordener Unfälle erstreckte sich auf 441 Baustellen. Davon entfielen auf Hamburg 381, Altona 29, Bramfeld 7, Wandsbek 11, Wilhelmsburg 2, Stellingen 7, Blankenese 4.

Table with 2 columns: Description of safety issues (e.g., Abdeckung der Balkenlagen ungenügend) and corresponding counts (e.g., 43).

Die vorgefundenen Mißstände wurden zum größten Teil durch persönlichen Verhandeln des Kontrolleurs an der Baustelle oder schriftlich erledigt. In 33 Fällen wurde eine Meldung an die zuständige Behörde gesandt. In 10 Fällen wurde eine öffentliche Kritik vorgenommen.

Die Korrespondenz betrug im Ausgang 256 Briefe, 80 Karten, 18 Drucksachen, 2 Pakete und 1 Geldsendung. Auch im Berichtsjahre ist zu verzeichnen gewesen, daß mancher Unternehmer den Kontrolleur an seinem Bau nicht gern gesehen, ja, diesen oft sehr hart angefahren hat. Das wird mit in Kauf genommen, wenn nur der Sache gedient wird. Viel schlimmer aber ist es, wenn der Kontrolleur bei den Berufsgenossen nicht immer die nötige Unterstützung findet, was leider auch vorgekommen ist. Daher ist immer noch mehr Aufklärung sehr notwendig. Wir wollen nicht nur das Bestehende erhalten, sondern wir haben noch vieles zu verbessern. Daher rufen wir Euch zu: „Vergesst den Bauarbeiterschutz nicht!“

Zum Schluß wollen wir den beteiligten Gewerkschaften noch davon Kenntnis geben, daß wir infolge unserer Beteiligung an der internationalen Baufachausstellung in Leipzig im Jahre 1913 eine Dankesurkunde mit folgendem Begleitschreiben erhalten haben:

Internationale Baufachausstellung mit Sonderausstellungen. Leipzig, im Februar/März 1914. Windmühlenstraße 49. Fernspr. 20250. Tel.-Adr.: Bauausstellung.

Euer Hochwohlgeborenen gestatten wir uns in Würdigung der Verdienste um unser Unternehmen eine in Selbigravüre ausgeführte Dankesurkunde ganz ergebenst zu überreichen.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Direktorium der internationalen Baufachausstellung mit Sonderausstellungen. Leipzig 1913, e. B.

Die private Bautätigkeit in Chemnitz 1914 bedeutete ein weiteres Abflauen der Bautätigkeit gegenüber den Vorjahren. Die Zahl der fertiggestellten und im Laufe des Jahres 1914 in Gebrauch genommenen neuen Wohngebäude belief sich auf nur 193. Das sind 49 weniger als im Jahre 1913, 92 weniger als 1912 und 176 weniger, als in dem lebhaftesten Baujahre 1911 errichtet und bezugsfähig geworden waren. Unter diesen 193 neuen Wohngebäuden befanden sich 166 in geschlossener und 27 in offener Bauweise. 187 dieser Wohngebäude waren auf neuen Baustellen errichtet worden und nur 6 auf dem Grund und Boden abgebrochener Gebäude. Die Zahl der neu erbauten Fabrik- und Gewerbsanlagen belief sich auf 9 gegen 14, 3 und 121 in den letzten drei Vorjahren. Außerdem wurden ihrer Bestimmung übergeben 25 (gegen 31, 54 und 68) Gebäude zu schon bestehenden Fabrik- und Gewerbsanlagen, ferner 186 (gegen 232, 268 und 403) sonstige Baulichkeiten und 484 (gegen 627, 608 und 492) kleinere Erweiterungs- und Umbauten.

Noch viel deutlicher aber als auf dem Gebiete der Bauausführungen, die, vor Kriegseintritt begonnen, doch vollendet werden mußten, trat die Wirkung des Kriegsschreckens in der Niederhaltung der Baulust in die Erscheinung. Krieg und kulturelle Bautätigkeit sind eben zwei Dinge, die nicht nebeneinander zu bestehen vermögen. Es liegt viel mehr im Wesen des Krieges, zu zerstören, als aufzubauen. Im Jahre 1911 waren in Chemnitz 380 Baugenehmigungen für neue Wohngebäude nachgesucht und erteilt worden, 1912 noch 304, im Jahre 1913 infolge der ungünstigen Gestaltung des Geldmarktes nur 186, 1914 aber sogar nur 144. Davon kamen aber 132 auf die Monate bis Juli und nur 10 auf die Kriegsmo-nate August bis Dezember. Zu Anfang des Jahres 1914 schien sich die Baufreudigkeit infolge der Besserung der Verhältnisse des Geldmarktes sogar wieder zu beleben. Leider wurde ihr Aufstieg durch den Kriegsausbruch jäh unterbrochen. Für neue Fabrik- und Gewerbsanlagen wurde in den fünf Kriegsmo-naten nicht eine einzige Baugenehmigung eingeholt, und auch für sonstige Gebäude und für kleinere Erweiterungs- und Umbauten war die Zahl der nachgesuchten Baugenehmigungen gegen die Vorjahre eine sehr geringe.

Nicht nur um der zahlreichen, an der Entwicklung der Bautätigkeit persönlich interessierten Kreise willen, sondern zum Vorteile der Wirtschaftslage der gesamten Stadt wäre es freudig zu begrüßen, wenn auch die private Bautätigkeit bald wieder eine größer Belebung erführe.

Veranstaltungsanzeiger.

Dienstag, den 9. März:

Potsdam: Abends 8 Uhr bei Max Hausmann, Kaiser-Wilhelm-Straße 38.

Freitag, den 12. März:

Zena: Nach Feierabend im Gewerkschaftshaus.

Sonabend, den 13. März:

Kulmbach: Nach Feierabend bei Hans Hof, Friedhofstraße.

Sonntag, den 14. März:

Cüstrin: Nachm. 3½ Uhr. — **Elberhausen:** Nachm. 8 Uhr bei Aug. Keune, „Zum Jägerfrug“.

Literarisches.

„Die deutsche Sozialdemokratie und der Weltkrieg.“ Unter diesem Titel hat Dr. Paul Lensch in der Buchhandlung Vorwärts eine Broschüre erscheinen lassen, in welcher er versucht, auf diese Fragen eine Antwort zu geben: In welchem Maße und nach welcher Richtung zieht der Weltkrieg die Interessen des deutschen wie des internationalen Proletariats in Mitleidenschaft? Wird die Sozialdemokratie imstande sein, nach dem Kriege ihre Arbeit dort wieder aufzunehmen, wo sie im 4. August liegen ließ? Oder wird sie, im innersten Kern gebrochen, ihren Charakter aufgeben und als eine Trade-Union-Partei (lies Gewerkschaftspartei) ihr Dasein fristen müssen? Oder wird vielleicht nicht umgekehrt dieser Weltkrieg viele der Hindernisse mit einem Auck hinwegräumen, die bisher dem siegreichen Vordringen des Sozialismus noch im Wege lagen und deren Beseitigung in Friedenszeiten noch Jahrzehnte gedauert hätte?

Die Antwort, die Lensch auf diese aufgeworfenen Fragen gibt, sind nicht gerade überzeugend. Insbesondere leuchtet

nicht ein, wie so der Staatskapitalismus, der den Privatkapitalismus ablöst, dem demokratischen Sozialismus zum „siegreichen Vordringen“ verhelfen soll.

Karl Kautsky: **Nationalstaat, Imperialistischer Staat und Staatenbund.** 80 Seiten Oktav. Broschiert. Preis 50 H. Nürnberg, Fränkische Verlagsanstalt und Buchdruckerei, G. m. b. H. 1915.

Das vorliegende Schriftchen skizziert die auswärtige Politik der Sozialdemokratie, die sich aus ihren Grundsätzen und

Zielen ebenso wie aus den gegebenen historischen Bedingungen und ökonomischen Bedürfnissen ergibt. Ihr wird die auswärtige Politik des Imperialismus gegenübergestellt, es werden ihre Ursachen und ihre Ziele dargelegt und gezeigt, daß sie für die bürgerliche Gesellschaft selbst immer mehr eine Gefahr und ein Hindernis weiteren Fortschreitens wird. Die Ueberlegenheit der sozialistischen über die imperialistische Politik schon für die Gegenwart und die nächste Zukunft ist das Endergebnis der Schrift.

Die Darstellung ist einfach und leicht verständlich.



Es starben den Heldentod fürs Vaterland unsere Verbandskameraden

aus folgenden Zahlstellen:

Arnstadt: Franz Kästner aus Espensfeld, am 18. November in Frankreich gefallen. — **Aue i. Erzgeb.:** Karl Meier aus Bösnitz, 26 Jahre alt, Reservist im See-bataillon, gefallen am 15. Oktober bei Antwerpen. — **Bamberg:** Johann Peter, 41 Jahre alt, Landsturm-mann, in Belgien erkrankt, am 27. Januar im Lazarett in Bamberg gestorben. — **Berlin:** Paul Kirste, 33 Jahre alt, verheiratet, 1. Reserve-Kompagnie, Pionierbataillon Nr. 19, am 28. Januar im Westen bei Arras gefallen; Otto Mantel, 35 Jahre alt, verheiratet, Pionierbataillon Nr. 17, im Osten gefallen; Fritz Lutz, 23 Jahre alt, verheiratet, Unteroffizier im Reserve-Infanterieregiment Nr. 1, am 22. November in Ruffisch-Polen gefallen. — **Bernburg:** Otto Germer, 28 Jahre alt, Ersahreservist in der 2. Ersah-Pionierkompagnie, am 10. November in Frankreich gefallen. — **Bielefeld:** Philipp Schäfer, am 17. August bei Reims verundet, am 28. August im Lazarett in Herford gestorben. — **Blankenburg a. S.:** Gustav Belfe aus Cattenstedt, 27 Jahre alt, verheiratet, Pionier im Pionierbataillon Nr. 19, am 24. Dezember in Frankreich gefallen. — **Braunschweig:** Hermann Verkau, 39 Jahre alt, verheiratet, Wehrmann im Pionierbataillon Nr. 10; Otto Töpke, 39 Jahre alt, verheiratet, Wehrmann im Pionierbataillon Nr. 10, beide im Osten gefallen. — **Breslau:** Franz Göbber, 29 Jahre alt, gestorben in Frankreich infolge Krankheit. — **Burg a. Fehmarn:** Robert Köpke, Kanonier, am 14. Januar im Osten gefallen. — **Cammer:** Karl Thiele, Kriegsfreiwilliger im Regiment Gardebataillon, am 8. Februar im Garnison-lazarett in Potsdam gestorben. — **Cassel:** Peter Wag aus Oberaufungen, gefallen in Rußland; Johann Günther aus Eiterhagen, am 11. August in Frankreich gefallen; Georg Wehmann aus Eiterhagen, am 18. Januar in Rußland gefallen; Johann Heinrich Naush aus Basse, gefallen. — **Coblenz:** Wilhelm Diehler, verheiratet, Ersah-Regiment Nr. 25, am 28. Dezember in Frankreich gefallen. — **Coburg:** Anton Walthar aus Frohnlach, am 19. November im Osten gefallen. — **Cöln:** Wilhelm Schulz, 28 Jahre alt, verheiratet, Unteroffizier im Pionierbataillon; Otto Schewe, 27 Jahre alt, verheiratet; Heinrich Borchers, 33 Jahre alt, verheiratet; Wilhelm Wendelst, 25 Jahre alt, ledig. — **Crawinkel:** Karl Langenhau, gefallen. — **Danzig:** F. Cornelien, zweiter Vorhänger der Zahlstelle, am 20. Januar in Rußland gefallen. — **Delmenhorst:** Hermann Ramke, 37 Jahre alt, verheiratet, Gefreiter der Landwehr, am 13. Januar bei einem Bajonettkampf (Nachtangriff) in Frankreich gefallen. — **Dortmund:** Max Gütschow, 35 Jahre alt, verheiratet, als Pionier am 25. Januar in Frankreich gefallen. — **Dresden:** Hans Westphal, 22 Jahre alt, am 30. August bei Rethel in Frankreich ge-fallen; Emil Ifzer, Elbersdorf, 40 Jahre alt, am 22. Oktober bei Grodno in Rußland gefallen; Karl Varsich, Dohna, 34 Jahre alt, durch Unfall in Frank-reich gestorben; Robert Tittel, Fürstenthal, 26 Jahre alt, am 14. Dezember im Westen gefallen; Richard Gräfe, Müggeln, 38 Jahre alt, am 24. Dezember bei Wis-niwko in Rußland gefallen; Paul Wischold, Leubnitz-Neuostra, 39 Jahre alt, am 30. Dezember verundet und am 1. Januar in einem belgischen Lazarett verstorben; Richard Richter, Niederau, 32 Jahre alt, am 28. November bei Ypern gefallen; Max Thiele, Sellendorf, 29 Jahre alt, gefallen im Westen; Paul Seifert, Rottmendorf, 25 Jahre alt, im Westen ge-fallen; Gustav Kluge, Hermsdorf bei Dresden, 34 Jahre alt, am 2. Dezember bei Gazwiz in Ruß-land gefallen; Hermann Hartmann, 27 Jahre alt, am 15. Januar bei Berry au Bac in Frankreich gefallen; Hermann Rattke, 26 Jahre alt, am 7. September bei Sopiuis in Frankreich gefallen; Erwin Müller, Ober-ottendorf, 24 Jahre alt, im Westen gefallen. — **Eisenach:** Hermann Henke, verheiratet, Unteroffizier der Landwehr, am 10. Dezember im Osten gefallen. — **Elbing:** Otto Brenk aus Pöhlitz, 28 Jahre alt, ver-heiratet, an den Folgen einer Verwundung am 1. Januar in einem Feldlazarett im Osten gestorben; Rudolf Schulz aus Aschbuden, 26 Jahre alt, verheiratet, am 2. Februar in Frankreich gefallen. — **Flottbek:** Paul Ludwig, Unteroffizier, am 4. Dezember an den Folgen eines Bauch-schusses in Frankreich gestorben. — **Frankfurt a. M.:** Heinrich Velte aus Wehrheim, 30 Jahre alt, gefallen in Frankreich; Heinrich Manck aus Wehrheim, 31 Jahre alt, gefallen in Rußland; Heinrich Briebe aus Frankfurt a. M., 30 Jahre alt, gefallen am 22. August in Belgien; Michael Seeger aus Seckmarn, 29 Jahre alt, gefallen in Frank-reich; Josef Bild aus Heldenbergen, 26 Jahre alt, gefallen am 30. Dezember in Frankreich; Karl Böhm aus Gries-heim a. M., 22 Jahre alt, aktiver Soldat, gefallen in Frankreich; Karl Schüpfer aus Budesheim, 26 Jahre alt,

gefallen am 5. Januar in Rußland; Valentin Fuß aus Windeden, 31 Jahre alt, gefallen in Frankreich. — **Friedrichshagen:** Erich Heinemann, Seesoldat, gefallen am 3. Januar im Gefecht bei Lombartzyde (Flan-bern). — **Geesthacht:** Johannes Ebers, 36 Jahre alt, verheiratet, Wehrmann im Reserve-Regiment Nr. 77, im November in Rußland gefallen; Ernst Ebers, 28 Jahre alt, ledig, Musketier im Infanterieregiment Nr. 163, am 12. Januar bei Soissons gefallen. — **Glauch:** Robert Heinze, gefallen. — **Grevesmühlten:** Carl Harbrechts, ledig, Kriegsfreiwilliger; Hans Nevermann, ledig, beide auf dem östlichen Kriegsschauplatz gefallen. — **Grosch:** Oswald Bergmann aus Zauschwitz, gefallen. — **Hamburg:** Johann Friedrichs, 26 Jahre alt, verheiratet, am 20. Dezember in Rußland gefallen. — **Halsloh:** W. Ramke, durch Schrapnellschuß verundet, im Lazarett in Longwy gestorben. — **Hehne:** Jakob Wittmaat, 29 Jahre alt, ledig, Unteroffizier der Reserve im Pionierbataillon Nr. 16, Inhaber des Eisernen Kreuzes, gefallen im Januar im Argonner Wald. — **Karlruhe:** Jakob Nagel aus Teufschneureut, Pionier bei der 2. Reservekompagnie, Pionierbataillon Nr. 19, verundet am 12. November in Hollebeck, Nordfrankreich, gestorben am 27. November im Feldlazarett Nr. 10; Christoph Weber, verheiratet, aus Welschneureut, Tambour im Infanterieregiment Nr. 126, 7. Kompagnie, gefallen am 3. Fe-bruar in Nordfrankreich. — **Kellinghusen:** Paul Tiedemann, Kaiser-Franz-Gardegrenadierregiment Nr. 2, am 8. September verundet und in französische Gefangen-schaft geraten, am 9. Januar im Hospital in Tarbes (Frank-reich) gestorben. — **Klingenthal:** Richard Herold, 24 Jahre alt, am 21. Januar bei Graonne gefallen. — **Lehe-Geeftemünde:** Friedrich Bruns, 32 Jahre alt, verheiratet, gefallen in Rußland; Theodor Immoor, 27 Jahre alt, ledig, gefallen in Ostpreußen. — **Lübeck:** Johannes Meier, 26 Jahre alt, Reservist bei der Maschinengewehrabteilung, am 26. Januar im Feldlazarett in Rußland an den Folgen eines am 15. Januar erhaltenen Kopfschusses gestorben. — **Magdeburg:** Friedrich Böhmer aus Blannenbeck, 28 Jahre alt, Reservist, gefallen in der Schlacht bei Fenchy-Arras. — **Mainz:** Rudolf Anton aus Budesheim, Wehrmann, im Osten gefallen. — **Meß:** Joseph Goetsch, 32 Jahre alt, ver-heiratet, am 29. Januar in Frankreich gefallen. — **Mera:** Paul Hüniger aus Eichicht, 23 Jahre alt, Infanterie-regiment Nr. 135, 5. Kompagnie, am 26. Januar im Argonner Wald gefallen. — **Mühlberg a. d. Elbe:** Ernst Dietrich, Wehrmann, 31 Jahre alt, verheiratet, am 5. September in Frankreich gefallen. — **Odenburg:** Friedrich Wehse, verheiratet, Infanterieregiment Nr. 91, 2. Kompagnie, am 15. September bei Reims verundet, am 5. Februar im städtischen Krankenhaus zu Bielefeld gestorben. — **Potsdam:** Hermann Koch (nicht Koch, wie in Nr. 7 des „Zimmerer“ angegeben), 28 Jahre alt, verheiratet, verundet am 31. Oktober, am 1. November im Feldlazarett im Westen gestorben. — **Riesa:** Emil Wilhelm, gefallen am 17. September und Arthur Antak, gefallen am 25. September auf dem westlichen Kriegs-schauplatz. — **Rostock:** Paul Becker, 25 Jahre alt, am 6. Januar im Lazarett in Lodz am Typhus ge-storben. — **Schönebeck:** Willy Schulze, 38 Jahre alt, Unteroffizier, und Friedrich Schulze, 38 Jahre alt, Wehrmann, gefallen im Westen. — **Selbi Bayern:** Hans Haust, 31 Jahre alt, Mitbegründer der Zahlstelle, Gefreiter der Seewehr, am 28. Januar bei Lombartzyde (Flandern) gefallen. — **Senftenberg:** Otto Gärtner, 38 Jahre alt, Wehrmann im Infanterieregiment Nr. 131, am 29. Januar im Feldlazarett in St. Quentin seinen Ver-wundungen erlegen. — **Stoelzdorf:** Karl Rönnefeldt, 24 Jahre alt, Reservist im 2. Garderegiment zu Fuß, in Belgien am Typhus gestorben. — **Strehlen:** Wilhelm Kiprh, 26 Jahre alt, verheiratet, Bezirkskassierer, im Feld-lazarett in Rußland seinen Verwundungen erlegen. — **Tübingen:** Fritz Märkle, 22 Jahre alt, Gefreiter im Pionierbataillon Nr. 13; Hermann Märkle, 22 Jahre alt, Pionier im Pionierbataillon Nr. 13, gefallen in Frank-reich. — **Uckermark:** Wilhelm Behrendt, 21 Jahre alt, Pionier im 1. Pionierbataillon Nr. 2, am 31. Januar in Rußland gefallen. — **Wiesbaden:** Karl Baum aus Pfstadt, Karl Preßler aus Wiesbaden und Musketier Schäfer aus Breithardt, gefallen in Frankreich. — **Wilmshaven:** Joh. Gathemann, 33 Jahre alt, Wehrmann im 10. Ersah-Pionierbataillon, gefallen im Westen. — **Zeitz:** Karl Hagenauer, 28 Jahre alt, ge-fallen im Westen. — **Zittau:** Richard Herwig, am 25. Januar in Frankreich gefallen. — **Zwickau:** Kurt Beck, ledig, aktiver Soldat, am 2. September in Frank-reich gefallen; Walter Leonhardt, verheiratet, Infanterie-regiment Nr. 105, im Lazarett in Frankreich gestorben.

Ehre ihrem Andenken!